

Agnieszka Łada

DEUTSCH-POLNISCHES BAROMETER 2015

# POLNISCHE ANSICHTEN ZUR DEUTSCH-POLNISCHEN PARTNERSCHAFT IM GEMEINSAMEN EUROPA



AGNIESZKA ŁADA

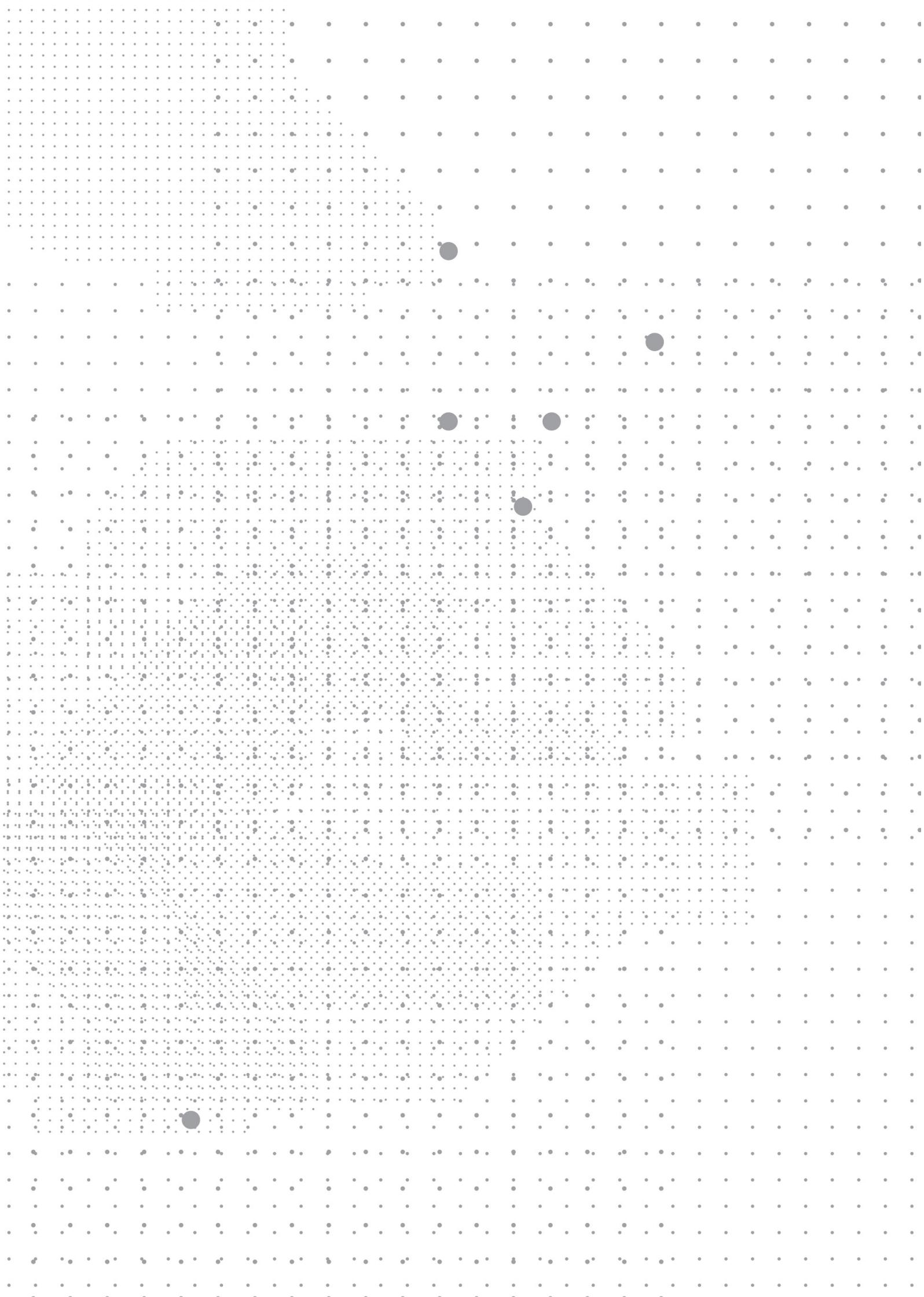
**DEUTSCH-POLNISCHES  
BAROMETER 2015**

POLNISCHE ANSICHTEN  
ZUR DEUTSCH-POLNISCHEN  
PARTNERSCHAFT  
IM GEMEINSAMEN EUROPA





<b>Schlussfolgerungen</b>	<b>5</b>
<b>Einführung</b>	<b>9</b>
<b>Beurteilung der deutschen Europapolitik</b>	<b>13</b>
Deutschland trägt zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei	<b>13</b>
Deutschland profitiert von der gemeinsamen Währung	<b>18</b>
Unsicherheit angesichts der wachsenden Rolle Deutschlands in Europa	<b>20</b>
<b>Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen</b>	<b>23</b>
Positive Meinungen über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen	<b>23</b>
Vorteile aufgrund der deutsch-polnischen Beziehungen	<b>28</b>
Unterschiede in der Politik gegenüber Russland als größtes Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen	<b>31</b>
<b>Ungleiche Partnerschaft</b>	<b>35</b>
<b>Deutschland bedroht uns nicht</b>	<b>43</b>
<b>Fazit</b>	<b>49</b>
Allgemeine Schlussfolgerungen	<b>49</b>
Auszumachende Herausforderungen auf Grundlage der vorliegenden Umfrageergebnisse	<b>50</b>
<b>Zur Autorin</b>	<b>55</b>
<b>Verzeichnis ausgewählter Publikationen aus dem Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen</b>	<b>57</b>



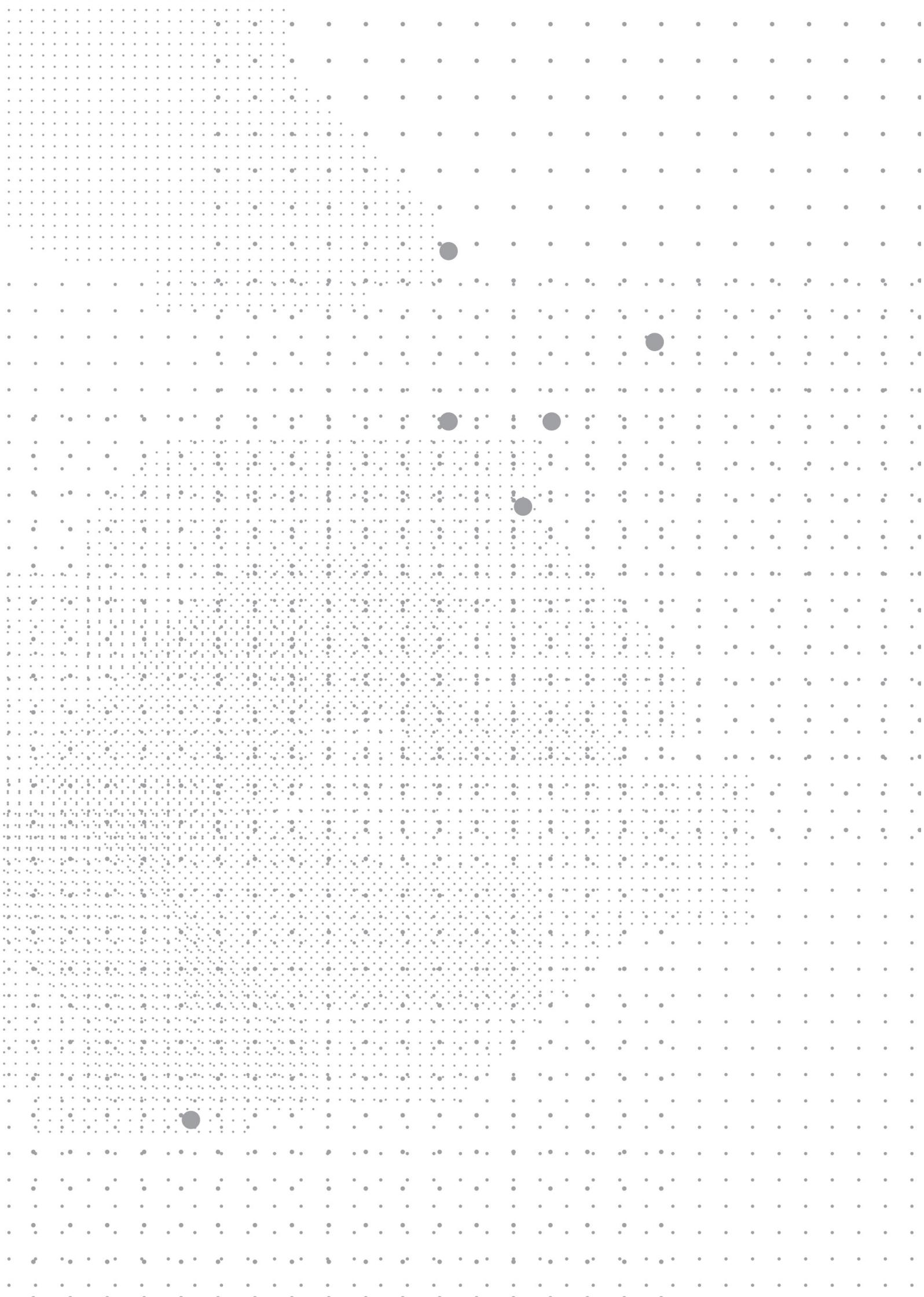


- ▶ Die Polen bewerten die deutsche Europapolitik seit Jahren unverändert positiv. Über zwei Drittel (68%) der Polen sind der Meinung, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt. Gegenteiliger Meinung sind lediglich ein Fünftel (20%) der Befragten. Insbesondere die letzten drei Jahre deuten auf eine positive Entwicklung in der Wahrnehmung der deutschen Europapolitik hin: In diesem Zeitraum sind die positiven Bewertungen um zehn Prozentpunkte gestiegen.
- ▶ Zwei Drittel (66%) der Polen sind der Auffassung, Deutschland trage zur Überwindung der Krise innerhalb der Eurozone bei. 18% der Befragten meinen, die Krise werde durch Deutschland weiter vertieft.
- ▶ Die Mehrheit der Polen (53%) ist überzeugt, dass Deutschland in der Europäischen Union nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen strebt, dabei aber durchaus die Interessen anderer Staaten respektiert. Der Anteil derer, die diese Meinung vertreten, ist seit 2010 gleichbleibend. Ebenso wenig verändert hat sich in den letzten drei Jahren der Anteil der Befragten, die behaupten, Deutschland strebe nach der Verwirklichung seiner Interessen auf Kosten anderer EU-Staaten (37%).
- ▶ Die Polen sind mehrheitlich der Meinung, dass Deutschland einen Nutzen aus der gemeinsamen Währung (dem Euro) zieht (61%). Seit 2012 ist der Anteil derer, die diese Meinung vertreten, um sechs Prozentpunkte gestiegen. Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen Befragten, die in der gemeinsamen Währung einen Verlust für Deutschland sehen, um acht Prozentpunkte gesunken (von 32% auf 24%).
- ▶ Trotz der positiven Bewertung der deutschen Europapolitik sind die Polen nicht sicher, ob eine stärkere Position Deutschlands in Europa vorteilhaft für ihr Land wäre. Während 38% der Befragten von einem Gewinn für Polen ausgehen, meinen 35%, dies wäre weder vorteilhaft noch unvorteilhaft für Polen. 17% der Befragten würden mit Verlusten für ihr Land rechnen.
- ▶ Die Polen bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen seit Jahren positiv. So beurteilen derzeit zwei Drittel (66%) der Befragten den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als „eher gut“ bzw. „sehr gut“. Anderer Meinung sind nur 12% der Befragten. Der Anteil derer, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen negativ bewerten, hat sich demnach in den letzten drei Jahren deutlich verringert (um

neun Prozentpunkte) und befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 2005. Der Rückgang an positiven Bewertungen bezüglich der bilateralen Beziehungen fällt zwar geringer aus (um sechs Prozentpunkte), ist jedoch ebenfalls auffällig. Angestiegen ist hingegen die Anzahl der Personen, die hierzu keine Meinung äußern, womit diese Gruppe zugleich den höchsten Anteil seit Beginn der Befragungen erreicht.

- ▶ Diejenigen Befragten, die die deutsch-polnischen Beziehungen als „sehr gut“ bzw. „eher gut“ einschätzen, nehmen auch die deutsche Europapolitik positiver wahr.
- ▶ Geteilter Meinung sind die Polen hinsichtlich der Frage nach politischen Vorteilen, die sich aus den deutsch-polnischen Beziehungen ergeben. Die Gruppe derer, die einen größeren Gewinn für Deutschland als für Polen sehen (39%), ist der Größe nach fast gleichauf mit der Gruppe derjenigen, die einen Nutzen für beide Länder feststellen (38%). Von einem größeren Gewinn für die polnische Seite sind 11% der Befragten überzeugt, während 3% keinerlei Vorteile für Polen oder Deutschland sehen. Wirtschaftliche Gewinne sehen die Polen in erster Linie für die deutsche Seite (40%). Ein Drittel (33%) der Befragten hingegen ist der Ansicht, dass beide Länder von wirtschaftlichen Vorteilen profitieren; 14% sehen sogar größere Gewinne für Polen.
- ▶ Befragt nach Problemen in den deutsch-polnischen Beziehungen nennen Polen derzeit am häufigsten Unterschiede in der Politik gegenüber Russland (37%). Im Weiteren genannt werden (so jeweils jeder vierte Befragte) das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland, die Rechte der in Deutschland lebenden Polen, Konflikte bezüglich des Gedenkens an Vertreibungen, Bestrebungen ehemaliger deutscher Grundbesitzer, ihr Vermögen aus der Vorkriegszeit zurückzuerlangen sowie schließlich unterschiedliche Interessen im Bereich der Energiepolitik.
- ▶ Die Mehrheit der Polen ist weiterhin der Meinung, dass Deutschland in Polen „selten“ bzw. „nie“ einen gleichberechtigten Partner sieht (47%). Hingegen meinen 43% der Befragten, dass Deutschland Polen „immer“ bzw. „häufig“ als gleichberechtigt ansieht. Gestiegen jedoch ist die Anzahl derer, die behaupten, dass Deutschland gegenüber Polen oft eine partnerschaftliche Herangehensweise pflegt (von 29% im Jahr 2012 auf 39% im Jahr 2015). Gleichzeitig verringert zeigt sich die Gruppe der Befragten, die eine solche partnerschaftliche Kooperation lediglich selten feststellt (von 50% auf 41%).

- ▶ Über zwei Drittel (67%) der Polen nehmen seitens Deutschlands keine militärische Bedrohung wahr, was einen Anstieg um sieben Prozentpunkte innerhalb der letzten zehn Jahre bedeutet. Hingegen jeder vierte Befragte (25%) assoziiert mit Deutschland immer noch eine militärische Bedrohung, wobei auch bezüglich dieser Gruppe zahlenmäßig ein Rückgang festzustellen ist.
- ▶ Eine weitaus größere Uneinigkeit herrscht zwischen den Polen im Hinblick auf die Frage einer eventuellen wirtschaftlichen Bedrohung durch Deutschland. Der Anzahl nach liegt die Gruppe der Befragten, die davon ausgehen, dass sich eine derartige Bedrohung einstellen könnte, gleichauf mit der Gruppe derer, die eine solche Möglichkeit verneinen (jeweils 47%).
- ▶ Politisch nimmt die Mehrheit der Polen (61%) Deutschland nicht als Bedrohung wahr. Diese Meinungsgruppe hat im Laufe des vergangenen Jahrzehnts um zehn Prozentpunkte hinzugewonnen.





Der Beginn der zweiten Dekade der gemeinsamen Mitgliedschaft Polens und Deutschlands in der Europäischen Union bietet Gelegenheit zur Reflexion über die Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf die beiden Länder sowie die gesamte Union zukommen werden. Viele der Probleme, die die beiden Staaten noch vor einigen Jahren umgetrieben haben, sind bereits nicht mehr aktuell. Stattdessen haben sich inzwischen neue Herausforderungen herausgebildet. Immer öfter betreffen diese nicht mehr ausschließlich bilaterale Angelegenheiten, sondern sind fest in europäische Zusammenhänge eingebunden. Dies erfordert in beiden Bereichen – sowohl im bilateralen als auch im europäischen Kontext – konkrete Lösungsansätze sowie den Aufbau beidseitiger Kontakte. Der Erfolg solcher Maßnahmen kann auf unterschiedlichen Ebenen gemessen werden.

Eine dieser Ebenen ist die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Politik. Selbstverständlich informieren sich die Regierenden über Meinungen in der Bevölkerung, um zu wissen, wie ihre Politik aufgenommen wird – nicht selten stellt sich ein Thema dann in der breiten Öffentlichkeit ganz anders dar als zuvor beabsichtigt. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang jedoch ebenso die Reflexion darüber, wie man die Kommunikation verbessern kann, um den Bürgern die Chance zu bieten, etwas über die Gründe, die Art der Umsetzung und die Folgen von Entscheidungen zu erfahren. Diverse Ansichten, die in unterschiedlichen Mitgliedsländern über andere EU-Staaten und deren Europapolitik zu vernehmen sind, verdeutlichen die Notwendigkeit, den Hoffnungen und Ängsten der Bevölkerung sowie deren Ursachen besondere Aufmerksamkeit zu verleihen. Heutzutage stellen sich politische und wirtschaftliche Ereignisse für die breite Öffentlichkeit oft besonders kompliziert dar, sodass umso mehr darauf geachtet werden muss, wie die Bürger die aktuelle Situation beurteilen. Insofern zeigen vor allem die in Westeuropa stärker werdenden populistischen Gruppierungen, dass Zweifel leicht zu Protesten führen und sich in radikalen Ansichten niederschlagen können. Die vorliegende Analyse der in der Bevölkerung vertretenen Meinungen soll eine Hilfe bieten, in den nächsten Monaten und Jahren Tätigkeiten zu planen und den Dialog mit den Bürgern zu gestalten.

Aus diesem Grund führt das Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahren Meinungsumfragen unter dem Titel „Deutsch-polnisches Barometer“ durch. Diese dienen dazu, polnische Ansichten zur deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie zu den deutsch-polnischen Beziehungen in regelmäßigen Abständen zu eruieren. Im Rahmen der Untersuchungen stehen dabei

zum einen stets unterschiedliche spezifische Fragestellungen im Fokus, um auf konkrete Herausforderungen eingehen zu können. Zum anderen aber ermöglicht zugleich die stetige Wiederholung ausgesuchter Fragen, Dynamiken und Veränderungen in der breiten öffentlichen Meinung zu beobachten sowie deren Ursachen zu bestimmen.

Die Debatten, die derzeit in der Europäischen Union geführt werden, machen eine erneute Fokussierung auf europäische Thematiken besonders interessant. Seit der letzten Untersuchung, in der wir gezielt Fragen zur Rolle Deutschlands in Europa gestellt haben, sind bereits drei Jahre vergangen. Seitdem hatte Deutschland mehrmals Gelegenheit zu zeigen, ob es sich als europäische Führungsmacht versteht und ob die politischen Maßnahmen mit dem übereinstimmen, was andere EU-Mitgliedstaaten von Deutschland erwarten. Um die Veränderungsdynamik im polnischen Meinungsbild zu zeigen, haben wir deshalb einige Fragen aus der Untersuchung des Jahres 2012 wiederholt. Darüber hinaus haben wir neue Fragen hinzugenommen, um zugleich aktuelle Entwicklungen in Europa zu berücksichtigen. Wie bereits erwähnt sind europäische Fragen heute häufig mit bilateralen verknüpft, sodass wir in die Umfrage auch die allgemeine Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die Wahrnehmung von bilateralen und europäischen Problemen miteinbezogen haben.

Wie in allen öffentlichen Meinungsumfragen spiegeln auch unsere Ergebnisse ausschließlich wider, wie die Befragten gewisse Thematiken wahrnehmen; es handelt sich jedoch nicht um eine Expertenmeinung auf Grundlage einer detaillierten Faktenanalyse. Vorliegend ist zu beachten, dass die Wahrnehmung der Befragten durch viele Faktoren beeinflusst wird. Zu diesen gehören unter anderem die öffentlichen Diskussionen der letzten Monate, die Standpunkte von politischen Führungspersonen sowie die tatsächliche bzw. mitunter auch fehlende Medienberichterstattung. Bei der Analyse der Ergebnisse haben wir daher den Bedingungen, unter denen sich die Bevölkerung im gegebenen Zeitraum ihre Meinungen gebildet hat, besondere Aufmerksamkeit beigemessen.

Antworten der Befragten können ebenso durch diverse Faktoren wie etwa den gesellschaftlichen Status, den Wohnort, das Alter, die Bildung oder das Einkommen beeinflusst sein. Sofern Unterschiede je nach den Eigenschaften der Befragten statistisch von Bedeutung sind und die jeweilige Eigenschaft eine Antwort<sup>1</sup> somit tatsächlich beeinflussen konnte, so ist dies bei den konkreten Fragestellungen berücksichtigt worden. In den meisten Fällen haben wir zudem eine detaillierte Unterteilung der Antworten hinsichtlich der Parteipräferenzen<sup>2</sup> der Befragten vorgenommen, da die Bewertung

---

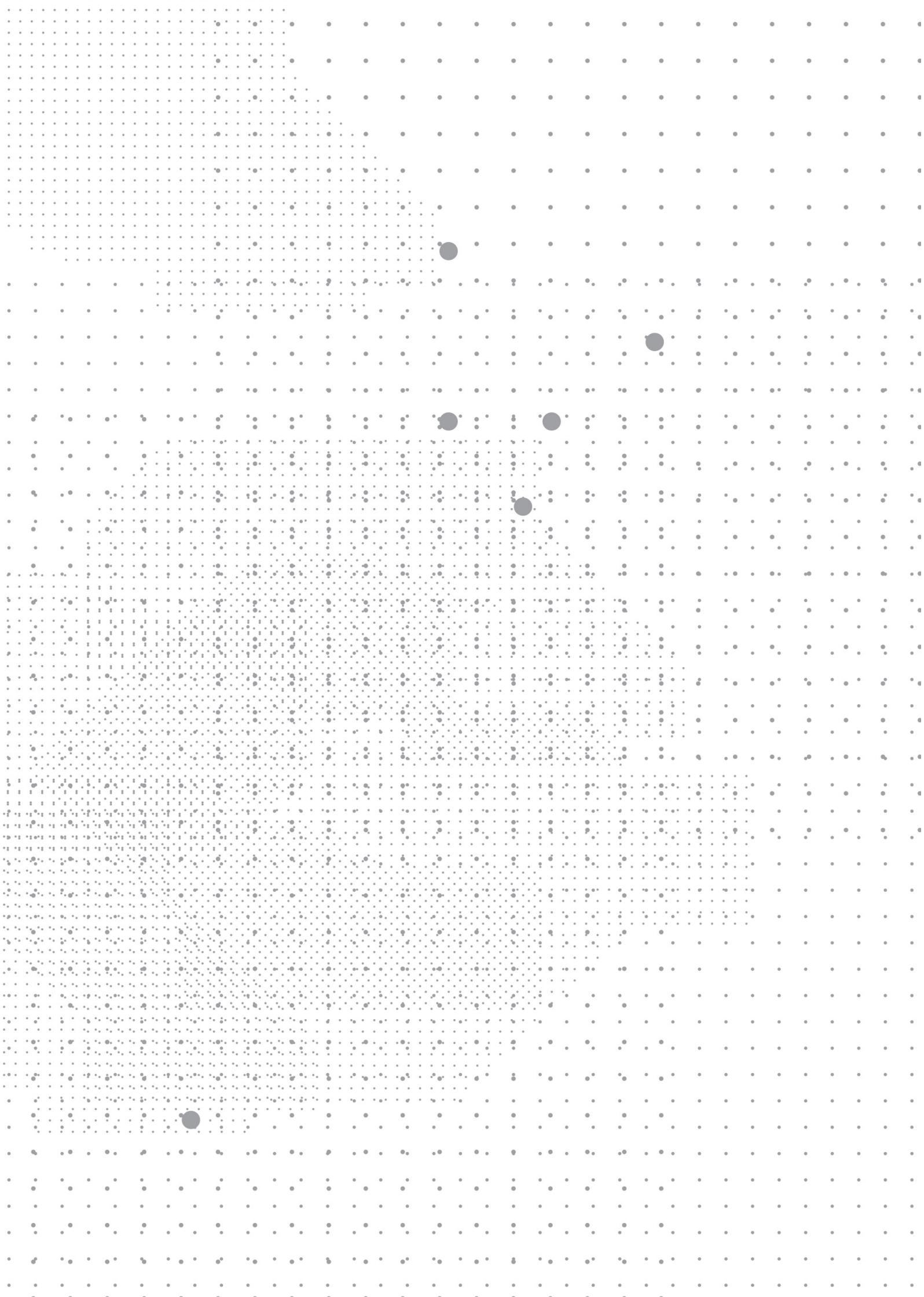
**1** So kann beispielsweise die Region des Wohnortes in Polen einen großen Einfluss auf die Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen haben, während sie die Bewertung der deutschen Europapolitik in weitaus geringerem Maße beeinflusst.

**2** Personen, die angegeben haben, sie würden an der Parlamentswahl teilnehmen, wenn diese demnächst stattfände, sind im Rahmen der Umfrage nach der Partei gefragt worden, die sie wählen würden.

Deutschlands und der europäischen Politik die Parteimitglieder üblicherweise polarisiert. Im Kontext des diesjährigen Wahljahres möchten wir daher zeigen, wie sehr sich die jeweilige Wählerschaft diesbezüglich voneinander unterscheidet.

Die Umfrage wurde vom Meinungsforschungsinstitut GfK im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten im Zeitraum vom 12. bis 16. Februar 2015 bei einer repräsentativen Gruppe von eintausend Polen durchgeführt. Bei dieser Gelegenheit möchten wir dem Meinungsforschungsinstitut GfK herzlich für die jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Projekts danken.

Die Autorin dankt darüber hinaus dem Leiter des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, Dr. Jacek Kucharczyk, für die Unterstützung bei der Ausarbeitung der Fragen und für die wertvollen Anmerkungen zum Text sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die gemeinsame Entwicklung des Projekts.





Die deutsche Europapolitik wird von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr genau beobachtet. Seit Jahren gibt es eine Diskussion darüber, ob Deutschland eine Führungsrolle im europäischen Integrationsprozess übernehmen und somit den Ton der Debatten angeben, zukünftige Lösungswege vorschlagen und auf die Umsetzung der beschlossenen Reformen drängen sollte. Misstrauen und Befürchtungen vor einer übermäßig starken Dominanz Deutschlands wechseln sich ab mit dem Bewusstsein der Notwendigkeit einer besseren Koordination auf europäischer Ebene, die nicht immer durch die EU-Institutionen selbst gewährleistet ist. Somit stellt sich die Frage, ob Deutschland zur besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt und konkrete Lösungen vorantreibt, beispielsweise zur Überwindung der Krise in der Eurozone. Damit verbunden ist auch die Frage, ob Deutschland nicht seine mögliche Führungsrolle ausnutzt, um allein nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen zu streben.

Die Diskussionen auf europäischer Ebene behandeln außerdem die Frage, ob die Mitgliedschaft in der Eurozone für alle Staaten von Vorteil ist. Einerseits ist insbesondere in den Kreisen derer, die gegen einen Beitritt Polens zur Eurozone sind, von den Kosten die Rede, die ein solcher Beitritt mit sich brächte. Vor allem Deutschland wird dabei in einer Art Opferrolle gesehen, da es maßgeblich die Rettungsmaßnahmen zur Unterstützung verschuldeter Staaten garantiert. Andererseits ist verbreitet von den Gewinnen die Rede, die die deutsche Wirtschaft auch in Krisenzeiten aus den vertieften Handelsbeziehungen im Bereich der Eurozone zieht. Darüber hinaus ist die Frage von Bedeutung, ob eine Stärkung der Position Deutschlands in Europa – infolge der deutschen Politik und der geopolitischen Lage – für Polen vorteilhaft oder unvorteilhaft ist.

### Deutschland trägt zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei

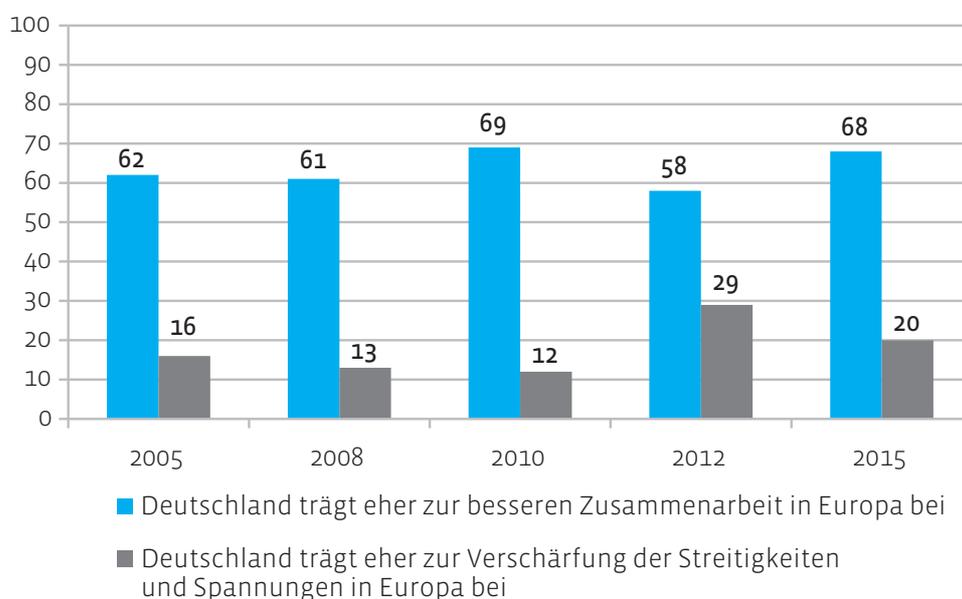
Die Polen bewerten die deutsche Europapolitik seit Jahren unverändert positiv. Mehr als zwei Drittel der Polen (68%) sind der Meinung, Deutschland trage zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei. Gegenteiligere Ansicht sind lediglich ein Fünftel der Befragten (20%). Insbesondere die letzten drei Jahre deuten auf eine positive Entwicklung in der Wahrnehmung der deutschen Europapolitik hin: In diesem Zeitraum sind die positiven Bewertungen um zehn Prozentpunkte gestiegen, und sie erreichen somit nun wieder den Stand des Jahres 2010. Im Jahr 2012 – inmitten der Krise innerhalb der Eurozone – wurde Deutschland schlechter bewertet, was sicherlich mit den

Mehr als zwei Drittel der Polen sind der Meinung, Deutschland trage zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei.

strengen Auflagen zusammenhängt, deren Erfüllung die Bundesregierung von den anderen Mitgliedstaaten der Eurozone im Zuge des sogenannten "Sparkurses" verlangt hat. Aktuell steht diese Politik nicht in gleichem Maße im Vordergrund. Das Vorgehen Deutschlands gegenüber Griechenland, das sich gegen die Erfüllung der Auflagen wehrt, stellt für die Polen keinerlei Grund zur Kritik an der deutschen Politik dar. Negativ wird in diesem Konflikt eher Griechenland bewertet.

Abbildung 1.  
Trägt Deutschland zur  
besseren Zusammenarbeit  
oder zur Verschärfung der  
Spannungen in Europa  
bei? (in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten, 2005,  
2008, 2010, 2012  
und 2015.



Besonders positiv wird die deutsche Politik von Befragten im Alter von 20 bis 29 Jahren bewertet, von jenen, die einen Hochschulabschluss besitzen, zu den Bestverdienenden gehören und zur Wählerschaft der Bürgerplattform zählen.

Die Überzeugung der Polen, Deutschland bewirke eine bessere Zusammenarbeit in Europa, geht einher mit der Ansicht, Deutschland trage zur Überwindung der Krise innerhalb der Eurozone bei – dieser Meinung sind zwei Drittel der Befragten (66%). 18% der Befragten hingegen meinen, Deutschland trage eher zur Vertiefung der Krise bei. Die weitaus höhere Zahl an positiven Antworten zeugt allerdings davon, dass die Polen die Medienberichterstattung über die deutsche Unterstützung der Krisenstaaten sowie insbesondere über die Zustimmung zu weiteren Hilfspaketen eingehend verfolgen und dies schätzen.

Zwei Drittel der Polen sind der Meinung, Deutschland trage zur Überwindung der Krise innerhalb der Eurozone bei.

präferierte politische Partei	Deutschland trägt eher zur Verschärfung der Streitigkeiten und Spannungen in Europa bei	Deutschland trägt eher zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei	schwer zu sagen
<b>insgesamt</b>	<b>20</b>	<b>68</b>	<b>12</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	14*	82*	4*
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	21	64	14
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	16	69	15
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	22	69	9
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	6	85	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWiN)	42	26	32

Tabelle 1. Trägt Deutschland eher zur Verschärfung der Streitigkeiten und Spannungen oder aber zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei? Antworten je nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

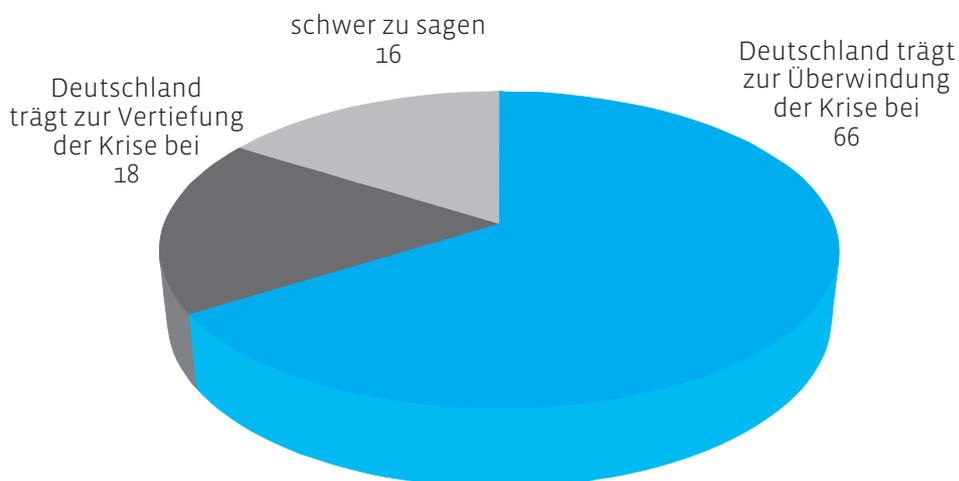


Abbildung 2. Trägt Deutschland eher zur Überwindung oder eher zur Vertiefung der Krise innerhalb der Eurozone bei? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Im Durchschnitt wird Deutschland positiv bewertet von Personen mit Hochschulabschluss, von Angestellten, Bestverdienenden sowie Wählern der Bürgerplattform.

Tabelle 2.  
Trägt Deutschland zur  
Überwindung oder zur  
Vertiefung der Krise  
innerhalb der Eurozone  
bei? Antworten je nach  
Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten, 2015.

präferierte politische Partei	Deutschland trägt zur Überwindung der Krise bei	Deutschland trägt zur Vertiefung der Krise bei	schwer zu sagen
<b>insgesamt</b>	<b>66</b>	<b>18</b>	<b>16</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	74*	15	11*
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	64	19	17
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	67	9	25
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	62	17	21
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	64	27	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWIN)	51	13	36

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

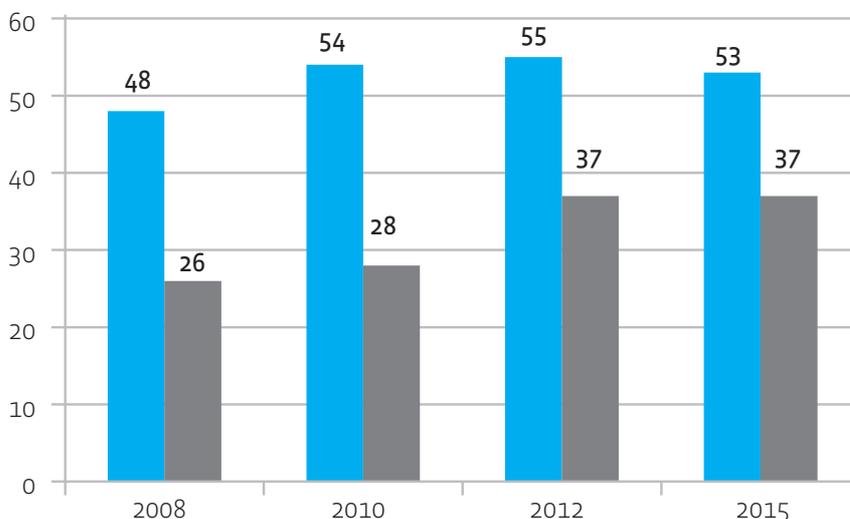
Die Anstrengungen Deutschlands, auf die Überwindung der Krise innerhalb der Eurozone hinzuwirken, mögen mehrere Ursachen haben. Da Deutschland enorme Exportgewinne im Handel mit den Euroländern erzielt und somit in hohem Maße von der gemeinsamen Währung profitiert, ist der Bundesrepublik sehr an einer funktionierenden Zusammenarbeit innerhalb der Währungszone gelegen. Einen weiteren Beweggrund für die deutschen Bestrebungen, die schlechte wirtschaftliche Lage innerhalb der EU zu verbessern, stellen sicherlich die Kosten dar, die Deutschland im Zusammenhang mit weiteren Hilfspaketen für Krisenstaaten zu tragen hätte. Und auch die europäische Solidarität, auf der die Europäische Union fußt, könnte eine Motivation sein. Im Zuge seiner politischen Entscheidungen ist Deutschland jedoch – ebenso wie jedes andere Land – auch bestrebt, seine eigenen Interessen zu verwirklichen. Es stellt sich dabei allein die Frage, ob Deutschland dabei auf Kosten anderer Staaten handelt oder bei seinen Maßnahmen deren Interessen respektiert.

Die Mehrheit der Polen ist der Meinung, dass Deutschland in seinem Streben nach Verwirklichung der eigenen Interessen in der EU gleichzeitig auch die Interessen anderer Staaten respektiert (53%). Die Zahl derer, die

diese Ansicht vertreten, ist seit 2010 unverändert. Ebenso wenig verändert hat sich während der letzten drei Jahre die Zahl derer, die behaupten, Deutschland handele auf Kosten anderer EU-Staaten (37%).

Prozentual betrachtet liegt der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen bei 16% und fällt somit nicht sehr groß aus. Die Verteilung der Antworten könnte dafür sprechen, dass ein Teil der Befragten der Meinung ist, dass die Sparpolitik – und vielleicht sogar die Eurozone an sich – zwar gewinnbringend für die dynamische deutsche Wirtschaft ist, jedoch für an der Peripherie gelegene Volkswirtschaften wie Griechenland keine Vorteile mit sich bringt. Ebenso hatte mit Sicherheit auch das deutsche Engagement bei der Suche nach einem Lösungsweg in der russisch-ukrainischen Krise Einfluss auf die Antworten. Die Umfragen wurden kurz nach dem Besuch von Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande in Kiew und Moskau sowie nach den Gesprächen in Minsk über die Bedingungen eines Waffenstillstands durchgeführt. Ein Teil der polnischen Öffentlichkeit bewertet die Maßnahmen der deutschen Regierungschefin möglicherweise als Handlung im Sinne der Interessen ihres eigenen Landes, insbesondere der deutschen Wirtschaft, der an einer schnellen Beilegung des Konflikts gelegen ist. Diese Vorgehensweise scheint aus Sicht eines Teils der Befragten unvereinbar zu sein mit den Interessen der anderen EU-Mitgliedstaaten, die auf einer schärferen Politik gegenüber Russland beharren.

Seit Jahren ist die Mehrheit der Polen unverändert der Ansicht, dass Deutschland in seinem Streben nach Verwirklichung der eigenen Interessen in der EU gleichzeitig die Interessen anderer Staaten respektiert.



- Deutschland strebt nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen, respektiert dabei aber durchaus die Interessen anderer Staaten
- Deutschland strebt rein nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten

Abbildung 3. Strebt Deutschland nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten? Oder strebt Deutschland zwar nach der Verwirklichung der eigenen Interessen, respektiert dabei aber die Interessen anderer Staaten? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2008, 2010, 2012 und 2015.

Personen, die über einen Hochschulabschluss verfügen, zu den Besserverdienenden gehören sowie zu Wählern der Bürgerplattform

zählen, haben auch in diesem Fall durchschnittlich eine bessere Meinung von Deutschland. So behaupten diese häufiger, Deutschland respektiere die Interessen anderer Staaten. Doch auch Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit entschieden sich öfter für eine positive Bewertung Deutschlands statt für eine negative.

Tabelle 3.  
Strebt Deutschland nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten? Oder strebt Deutschland zwar nach der Verwirklichung der eigenen Interessen, respektiert dabei aber die Interessen anderer Staaten?  
Antworten je nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

präferierte politische Partei	Deutschland strebt nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten	Deutschland strebt zwar nach der Verwirklichung der eigenen Interessen, respektiert dabei aber die Interessen anderer Staaten	schwer zu sagen
<b>insgesamt</b>	<b>37</b>	<b>53</b>	<b>10</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	34	62*	4*
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	41	48	11
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	31	57	11
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	30	51	18
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	28	63	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWIN)	65	35	0

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

## Deutschland profitiert von der gemeinsamen Währung

Die Krise innerhalb der Eurozone hat eine Debatte darüber ausgelöst, wem die gemeinsame Währung Gewinne und wem sie Verluste bringt. Auch in Deutschland dauern die Diskussionen an. Auf der einen Seite verdient

Deutschland viel am Export in andere Mitgliedstaaten der Eurozone. Auf der anderen Seite unterstützt das Land überschuldete Staaten mit Hilfspaketen. Dabei handelt es sich zwar um Kreditgarantien, aber die Kosten im Falle einer griechischen Staatspleite bzw. eines Austritts von Griechenland aus der Eurozone hätten letztlich die deutschen Bürger und die deutsche Wirtschaft zu tragen.

Die Polen sind überzeugt davon, dass die gemeinsame Währung Deutschland eher Gewinne bringt (61%). Der Anteil derer, die diese Meinung teilen, ist seit 2012 um sechs Prozentpunkte gestiegen. Gleichzeitig um acht Prozentpunkte verringert hat sich die Anzahl der Personen, die meinen, die gemeinsame Währung bedeute für Deutschland einen Verlust.

Die Polen sind überzeugt, dass Deutschland vom Euro profitiert.

Der Anstieg an positiven Bewertungen im Hinblick auf die Folgen der Mitgliedschaft Deutschlands in der Eurozone ist mit einer Veränderung der Diskussion über die Finanzkrise verbunden. In der öffentlichen Debatte ist derzeit eindeutig weniger von Garantien oder Krediten die Rede, die wohlhabende Staaten der Eurozone, insbesondere Deutschland, an Länder mit Finanzproblemen vergeben. Aus diesem Grund assoziieren die Befragten mit der gemeinsamen Währung seltener das hohe Risiko, das der deutsche Staat zu tragen hat. Vielmehr wird dagegen in den polnischen Medien über die gute deutsche Wirtschaftsbilanz der letzten Monate berichtet, was allgemein dazu führt, dass die Polen von einem derzeit guten Zustand der deutschen Wirtschaft überzeugt sind. Insbesondere die polnischen Angestellten sind der festen Überzeugung, dass die gemeinsame Währung Deutschland Gewinne bringt. Grund dafür mögen wiederum die hierzu in den Medien erschienenen Analysen sein, die häufiger von dieser Personengruppe als vom Rest der breiten polnischen Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

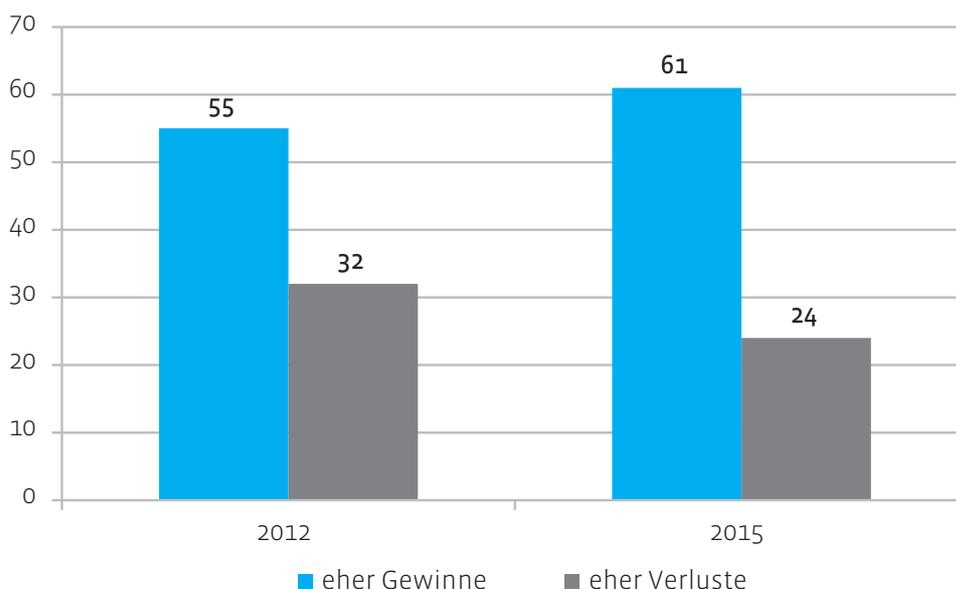


Abbildung 4. Bringt die gemeinsame Währung (der Euro) Deutschland eher Gewinne oder Verluste? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012 und 2015.

Tabelle 4.  
Bringt die gemeinsame  
Währung (der Euro)  
Deutschland eher Gewinne  
oder Verluste? Antworten je  
nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten, 2015.

präferierte politische Partei	eher Gewinne	eher Verluste
<b>insgesamt</b>	<b>61</b>	<b>24</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	62	25
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	58	27
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	71	12*
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	57	28
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	49	16
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWiN)	78	15

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

### Unsicherheit angesichts der wachsenden Rolle Deutschlands in Europa

Als Staat, der sich aktiv für die Überwindung der Krise innerhalb der Eurozone einsetzt, nimmt Deutschland die Führungsposition innerhalb der Europäischen Union ein. Häufig heißt es, dass dies auch der Erwartungshaltung einiger Mitgliedstaaten gegenüber Deutschland entspricht. Es herrscht jedoch ebenso die Ansicht, dass eine Verstärkung der Position Deutschlands sowohl für die EU als auch für gewisse Mitgliedstaaten negative Folgen haben kann. Solche Ansichten resultieren aus den historischen Erfahrungen, der Abhängigkeit von Entscheidungen Deutschlands über weitere Finanzhilfen oder aus dem allgemeinen Widerstreben, dass ein einzelner Mitgliedstaat an der Spitze die Union dominiert.

Die Polen sind geteilter  
Meinung, ob eine  
Verstärkung der Position  
Deutschlands in Europa  
vorteilhaft, unvorteilhaft  
oder weder vorteilhaft noch  
unvorteilhaft für ihr Land  
wäre.

Trotz der positiven Bewertung der deutschen Europapolitik sind die Polen unsicher, ob eine stärkere Position Deutschlands in Europa vorteilhaft für das eigene Land wäre. Während 38% der Befragten diesbezüglich von einem Vorteil für Polen ausgehen, meinen 35%, dies wäre weder vorteilhaft noch unvorteilhaft für Polen. 17% der Befragten würden mit Nachteilen für ihr Land rechnen.

Die Verteilung der gegebenen Antworten zeigt, dass es den Polen schwerfällt, die Folgen einer verstärkten Position Deutschlands zu bewerten. Dies erklärt, warum die Antworten häufig im mittleren Bereich der Skala liegen. Gleichzeitig lässt sich jedoch feststellen, dass die Ansicht, wonach diese Situation mit Vorteilen für Polen verbunden wäre, doppelt so häufig zu verzeichnen ist wie diejenige, wonach hieraus Nachteile zu befürchten sind. Der Vergleich mit Umfrageergebnissen zu analogen Fragen aus dem Jahr 2012 macht deutlich, dass sich die Einschätzungen der Polen nicht verändert haben. Feststellbare kleinere

Schwankungen diesbezüglich bewegen sich im Rahmen der statistischen Fehlertoleranz.

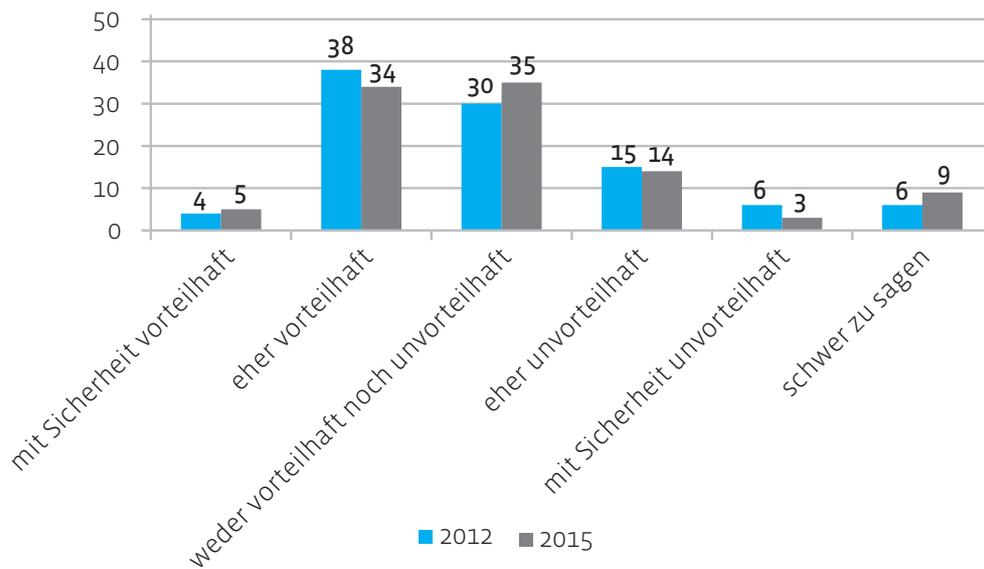


Abbildung 5.  
Wäre eine Verstärkung der Position Deutschlands in Europa vorteilhaft oder unvorteilhaft für Polen? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012<sup>3</sup> und 2015.

Interessant ist, dass verglichen mit den durchschnittlichen Umfrageergebnissen besonders häufig die Ältesten unter den Befragten der Meinung sind, dass eine Verstärkung der Position Deutschlands Vorteile für Polen mit sich brächte. Man hätte erwarten können, dass gerade diese Gruppe mit Deutschland negative Assoziationen verbindet, da sich die hier angesprochenen Personen noch unmittelbar daran erinnern, dass Polen im Zweiten Weltkrieg aufgrund der deutschen Kriegsverbrechen schwerste Verluste erlitten hat. Stattdessen zeigt sich deutlich, dass die heute starke Position Deutschlands in Europa bei diesen Personen keine Ängste hervorruft. Vorteile für Polen sehen außerdem verhältnismäßig viele Wähler der Bürgerplattform.

<sup>3</sup> Im Jahr 2012 lautete die Frage ähnlich (daher die Vergleichsmöglichkeit), wenngleich der Wortlaut nicht exakt derselbe war; gefragt wurde damals: „Wenn infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise die Position Deutschlands in Europa gestärkt würde, wäre das vorteilhaft oder unvorteilhaft für Polen?“

Tabelle 5.  
Wäre eine Verstärkung  
der Position Deutschlands  
in Europa vorteilhaft  
oder unvorteilhaft für  
Polen? Antworten je nach  
Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten, 2015.

präferierte politische Partei	vorteilhaft	weder vorteilhaft, noch unvorteilhaft	unvorteilhaft	schwer zu sagen
<b>insgesamt</b>	<b>39</b>	<b>35</b>	<b>17</b>	<b>8</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	46*	36	13*	5
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	35	38	20	8
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	33	40	19	8
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	33	32	30	5
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	66	21	4	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWIN)	4	8	86	2

In der vorstehenden Tabelle wurden die Antworten „mit Sicherheit vorteilhaft“ und „eher vorteilhaft“ sowie „mit Sicherheit unvorteilhaft“ und „eher unvorteilhaft“ jeweils summiert.

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.



Über die Jahre verändern sich die Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen, die Intensität der Kontakte auf verschiedenen Ebenen sowie die Kommunikation über die Herausforderungen, vor denen beide Länder stehen. Historische Fragen, die die 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts dominierten, wurden in den Jahren vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union abgelöst von Ängsten im Kontext einer gemeinsamen Mitgliedschaft in der EU. Ab 2004 traten dann europäische Themenbereiche in den Vordergrund. Diese Fragen nimmt auch die Bevölkerung in gewisser Art und Weise wahr. Einige dieser Themenbereiche sind stark emotional besetzt, darunter hauptsächlich solche Inhalte, die in Verbindung stehen mit der Geschichte. Anderes hingegen hängt mehr zusammen mit dem guten oder schlechten Funktionieren der Europäischen Union. Eine nicht unbedeutende Rolle betreffend die Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen nehmen dabei die politischen Eliten des Landes ein. Die deutsch-polnischen Beziehungen hatten schon immer das Potenzial zu polarisieren, sodass einige Fragen in der politischen Auseinandersetzung missbraucht und dadurch aufgebauscht wurden.

### **Positive Meinungen über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen**

Der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen hängt von vielen Faktoren ab. Erheblichen Einfluss auf dessen Beurteilung hat das Auftreten politischer Führungspersonen. Von Bedeutung sind jedoch auch die Häufigkeit und die Art und Weise, wie über bilaterale Themen berichtet wird. Da in den letzten Jahren viele Probleme gelöst werden konnten, taucht die Frage der Beziehungen zu Deutschland in der polnischen Medienberichterstattung nicht mehr so häufig auf wie früher. Lediglich zwei polnische Fernsehsender, das Polnische Radio und die Polnische Presseagentur, haben eigene Korrespondenten in Deutschland, sodass eher wenig Material für die Berichterstattung über die gegenseitigen Beziehungen vorhanden ist. Auch wenn das Internet breiteren Zugang zu einer Vielzahl an Informationsquellen bietet, sind diese nicht sofort auf den Seiten der Online-Informationendienste erkennbar. Ein einfacher, direkter Kontakt nach Deutschland und die dadurch entstehenden Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen – jenseits der politischen Ebene – ermöglichen gleichzeitig einen neuen Blick auf die gemeinsamen Beziehungen.

Die Mehrheit der Polen bewertet die deutsch-polnischen Beziehungen als „sehr gut“ bzw. „eher gut“; während der letzten Jahre ist die Zahl der positiven Antworten jedoch insgesamt gesunken. Dagegen gestiegen ist die Zahl derjenigen Befragten, die sich nicht im Stande sehen, den Zustand der Beziehungen zu Deutschland zu beurteilen.

Die Polen bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen seit Jahren sehr positiv. So halten heute zwei Drittel (66%) der Befragten den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen für „eher gut“ bzw. „sehr gut“. Anderer Meinung sind lediglich 12% der Befragten. Die Anzahl derer, die die deutsch-polnischen Beziehungen negativ bewerten, hat sich in den letzten drei Jahren demnach deutlich verringert (um neun Prozentpunkte) und ist somit nun auf dem niedrigsten Stand seit 2005. Dass die Anzahl der Befragten, die die Beziehungen zu Deutschland positiv bewerten, um sechs Prozentpunkte gesunken ist, ist jedoch ebenso auffallend. Dagegen gestiegen ist die Zahl derer, die diesbezüglich keine Meinung äußern. Somit weist diese Gruppe den höchsten Stand auf seit Beginn der Durchführung dieser Befragungen. Dieser Anstieg bildet wahrscheinlich die Ursache für den Rückgang an Befragten, die die Beziehungen zu Deutschland positiv bewerten.

Die Gründe für die vorliegend festgestellten Schwankungen sind vielfältig. Die Hauptursache hierbei dürfte in der sehr allgemeinen medialen Berichterstattung über angebliche Unterschiede und die fehlende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen bei der Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts bestehen. In den polnischen Medien sind zumeist ehemalige deutsche Politiker zitiert worden, die mit Blick auf Russland positiv eingestellt sind. Dadurch ist der Eindruck erweckt worden, dass Polen und Deutsche in dieser Sache nicht mit einer Stimme sprechen. Den Deutschen wurde auch vorgeworfen, sie hätten Maßnahmen zur Beilegung des Konflikts nicht mit Polen abgesprochen. Eine weitere Unstimmigkeit in den deutsch-polnischen Beziehungen, von der in den letzten Monaten oft die Rede war, ist schließlich die Energie- und Klimapolitik. Die mediale Berichterstattung hat die Auffassung befördert, dass eine Verständigung betreffend diese beiden wichtigen Themenfelder der europäischen Politik unmöglich ist<sup>4</sup>.

Darüber hinaus hat den Befragten bei der Bewertung des bilateralen Verhältnisses sicherlich auch Probleme bereitet, dass das Thema der deutsch-polnischen Beziehungen in der öffentlichen Debatte selten unter anderen Gesichtspunkten als denen der Ostpolitik aufgegriffen wird. Die Normalität, die derzeit in den beidseitigen Kontakten herrscht, führt dazu, dass vermehrt über Probleme und Streitigkeiten als über die gute alltägliche, gewöhnliche Zusammenarbeit berichtet wird. Gleichzeitig haben viele Polen aber persönliche Erfahrungen sammeln können, die ihnen zeigen, dass die deutsch-polnische Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen gut funktioniert. So verläuft die wirtschaftliche Kooperation einwandfrei, das Kontaktnetzwerk auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen vergrößert sich immer mehr, und die Deutschen äußern sich zunehmend positiver über Polen. Das Zusammenwirken dieser unterschiedlichen Aspekte mag dazu führen, dass die

---

<sup>4</sup> Welche Probleme die Befragten in den deutsch-polnischen Beziehungen sehen, wird detaillierter im nächsten Unterkapitel besprochen.

Befragten letztlich Schwierigkeiten haben bei der Beurteilung des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen.

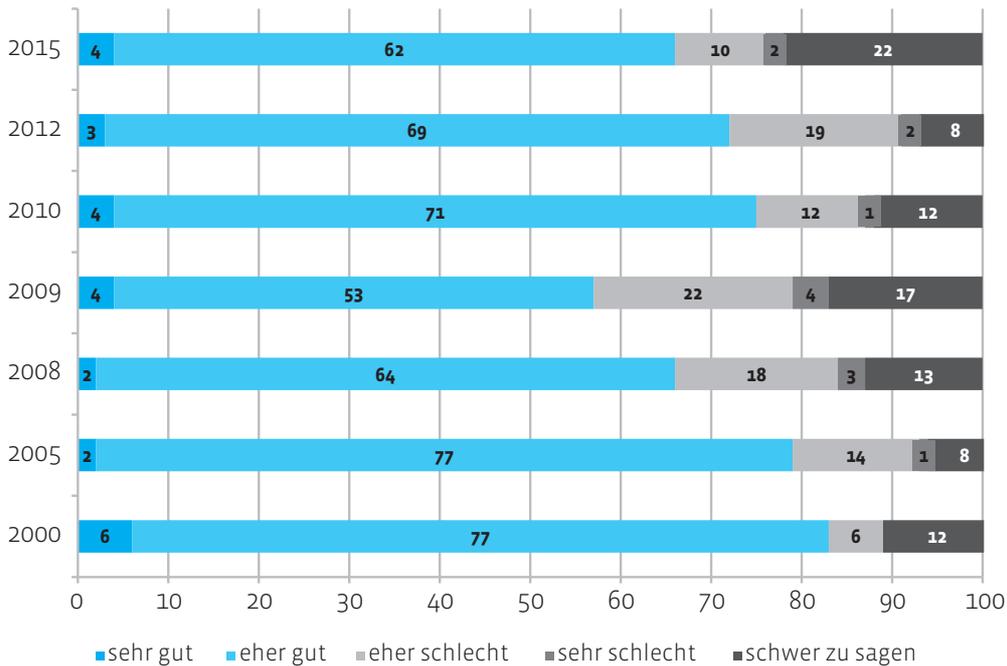


Abbildung 6. Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2005, 2008, 2009, 2012 und 2015.

Potenzielle Wähler der Bürgerplattform stellen den deutsch-polnischen Beziehungen im Vergleich zum Durchschnitt bessere Bewertungen aus.

präferierte politische Partei	gut	schlecht	schwer zu sagen
<b>insgesamt</b>	<b>66</b>	<b>12</b>	<b>22</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	79*	7*	14
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	61	14	25
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	60	12	27
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	77	8	15
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	91	0	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWiN)	39	21	43

Tabelle 6. Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen? Antworten je nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

In der vorstehenden Tabelle wurden die Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ sowie „schlecht“ und „eher schlecht“ jeweils summiert.

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

## Geteilte Meinungen je nach Region

Beim Vergleich der Bewertungen der deutsch-polnischen Beziehungen je nach Wohnregion lässt sich feststellen, dass die Bewohner der Woiwodschaften Lodz, Kleinpolen und Ermland-Masuren die Beziehungen zu Deutschland am positivsten beurteilen. Im Gegensatz zu den dort weit von der deutsch-polnischen Grenze entfernt lebenden Einwohnern beurteilen diejenigen, die in den Woiwodschaften Kujawien-Pommern und Pommern wohnen, die Beziehungen zu Deutschland am negativsten (der Prozentsatz für die Woiwodschaft Oppeln ist hoch, jedoch statistisch unbedeutend).

Besondere Schwierigkeiten bereitet die Beantwortung der Frage nach dem Zustand der bilateralen Beziehungen in den Woiwodschaften Niederschlesien und Masowien. Die Interpretation dieser Ergebnisse ist kompliziert und sollte unter Berücksichtigung regionaler Maßnahmen im Bereich der Zusammenarbeit mit Deutschland vor allem den lokalen Behörden vorbehalten bleiben. Dabei sollten weitere Angaben miteinbezogen werden, wie etwa solche zur wirtschaftlichen Kooperation, zu Städtepartnerschaften, zu Einwohnern, die vorübergehend oder dauerhaft in Deutschland arbeiten sowie zum Jugendaustausch in der Woiwodschaft. All dies könnte Aufschluss darüber geben, welche gemachten bzw. nicht gemachten Erfahrungen die Beurteilung der Einwohner beeinflussen.

Bewertung / Woiwodschaft	Polen insgesamt	Ermland-Masuren	Kleinpolen	Lodz	Lublin	Pommern	Großpolen	Kujawien-Pommern	Schlesien	Lebus	Podlachien	Westpommern	Heiligkreuz	Karpatenvorland	Oppeln	Masowien	Niederschlesien
gut	66	81*	78*	77*	69	68	67	66	66	65	65	65	62	61	60	59	54*
schlecht	12	6	6	4	9	26*	14	31*	7	11	4	21	9	10	33	9	11
schwer zu sagen	22	13	16	19	22	6*	19	3*	27	24	31	14	30	29	7*	32*	35*

**Tabelle 7.**  
Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen? Bewertungen je nach Woiwodschaft (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

In der Tabelle wurden die Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ sowie „sehr schlecht“ und „eher schlecht“ jeweils summiert.

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

### Traditionell schlechtere Bewertungen der deutsch-polnischen Beziehungen seitens der Älteren unter den Befragten

Traditionell bewerten die Älteren unter den Befragten, die mit dem Zweiten Weltkrieg noch persönliche Erinnerungen verbinden, die deutsch-polnischen Beziehungen am schlechtesten (statistisch gesehen wählt diese Gruppe am

häufigsten die Antwort „eher schlecht“). Auch die Vierzigjährigen geben – wie etwa bereits im Rahmen der Umfrage 2012 – bezüglich der Beziehungen zu Deutschland seltener eine positive Bewertung ab als andere Altersgruppen. Dies geht jedoch nicht einher mit vermehrt negativen Einschätzungen, sondern sie äußern sich vielfach schlicht weder positiv noch negativ. Nicht die besten Noten geben den deutsch-polnischen Beziehungen allerdings heute auch – anders als 2012 – die Jüngsten unter den Befragten. Vor drei Jahren bewerteten Personen im Alter bis 29 Jahre die Beziehungen gut. Derzeit geben vielmehr die Dreißigjährigen den Beziehungen zu Deutschland die besten Bewertungen.

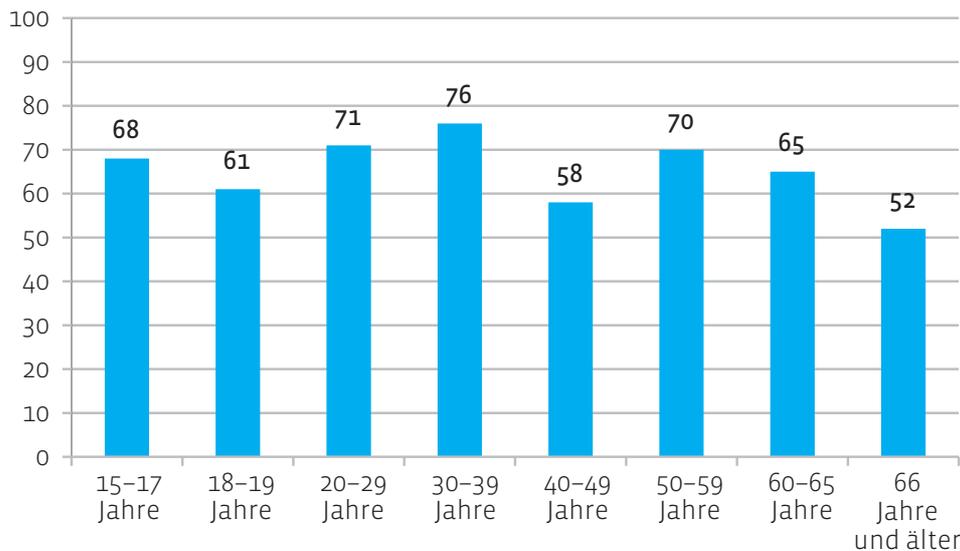


Abbildung 7.  
Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen?  
Anzahl der positiven Bewertungen nach Altersgruppen (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Für die Werte in dieser Abbildung wurden die Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ berücksichtigt.

### **Eine positive Bewertung der bilateralen Beziehungen geht regelmäßig einher mit einer guten Bewertung der deutschen Europapolitik**

Die Personen, die die deutsch-polnischen Beziehungen mit „sehr gut“ bzw. „eher gut“ bewerten, nehmen auch die deutsche Europapolitik positiver wahr. So denken 81% dieser Gruppe der Befragten, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt (im Gesamtdurchschnitt 68%), während 60% von ihnen der Meinung sind, Deutschland verfolge zwar seine eigenen Interessen, respektiere aber gleichzeitig die Interessen anderer Staaten (im Gesamtdurchschnitt 53%). Ferner sind 78% derselben Gruppe der Ansicht, Deutschland trage zur Überwindung der Krise innerhalb der Eurozone bei (im Gesamtdurchschnitt 66%), und fast die Hälfte von ihnen (47%) gibt an, dass die Verstärkung der Position Deutschlands in Europa vorteilhaft für Polen wäre (im Gesamtdurchschnitt 39%).

Personen, die die deutsch-polnischen Beziehungen mit „sehr gut“ bzw. „eher gut“ bewerten, nehmen auch die deutsche Europapolitik positiver wahr.

## Vorteile aufgrund der deutsch-polnischen Beziehungen

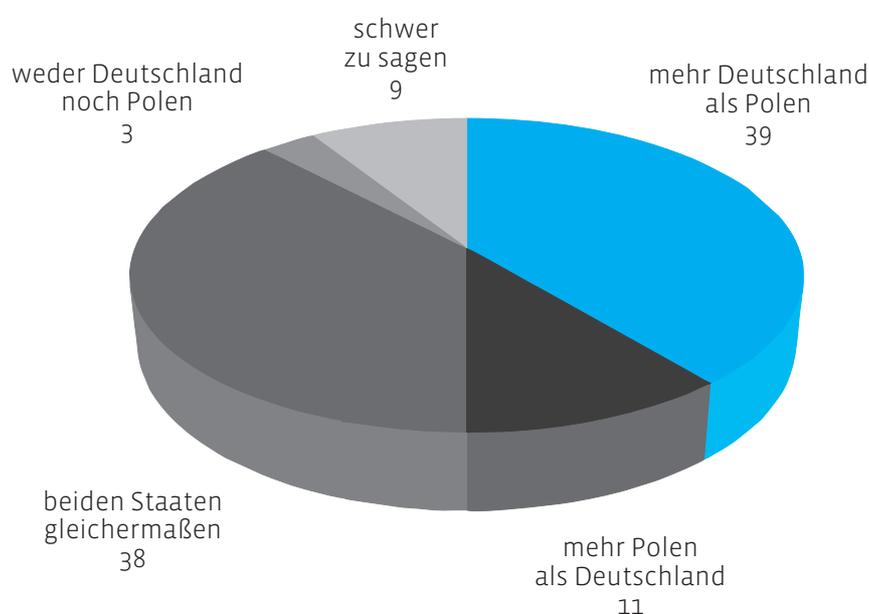
Die Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen ist eng mit der Frage verbunden, welcher Staat den größeren Nutzen aus der bilateralen Entwicklung zieht. Dabei können die Vorteile unterschiedlicher Art sein – politischer Natur, finanzieller Natur, womöglich auch Prestige. Als Vorteil angesehen werden kann ebenso die Möglichkeit für die Bevölkerung des jeweiligen Landes, einer Arbeit im Nachbarstaat nachzugehen, dort zu leben, zu studieren oder Urlaub zu verbringen. Auf die allgemeine Frage, ob eines der beiden Länder aus den gegenseitigen Beziehungen Nutzen ziehe, antworteten die Polen 2012 am häufigsten, dass vor allem Deutschland davon profitiere (40%). 17% der Befragten waren damals der Ansicht, die Beziehungen brächten Deutschland größere Gewinne als Polen, während 30% vom beidseitigen Nutzen überzeugt waren. Um überprüfen zu können, ob sich diese Wahrnehmung von Vorteilen auf den Bereich der Politik oder den der Wirtschaft bezieht, wurde die Frage nun im Jahr 2015 in zwei detaillierte Fragen gesplittet.

Die Polen sind geteilter Meinung, welchem Staat die deutsch-polnischen Beziehungen politisch mehr nützen. Zahlenmäßig gleichauf sind die Gruppen derer, die einen Nutzen entweder vermehrt für Deutschland oder gleichermaßen für beide Länder sehen.

Hinsichtlich der politischen Vorteile, die sich aus den deutsch-polnischen Beziehungen ergeben, sind die Polen geteilter Meinung. Die Gruppe derer, die einen größeren Nutzen auf deutscher Seite sehen (39%), ist zahlenmäßig fast gleichauf mit der Gruppe derer, die einen Nutzen für beide Länder feststellen (38%). Von einem größeren Vorteil für Polen sind 11% der Befragten überzeugt; 3% der Umfrageteilnehmer erkennen hingegen gar keinen Nutzen.

Abbildung 8.  
Wem haben die deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitraum der letzten zehn Jahre politisch mehr genützt? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.



Wirtschaftliche Vorteile machen die Polen vor allem auf deutscher Seite aus (40%). Einem Drittel der Befragten (33%) zufolge profitieren beide Länder gleichermaßen; 14% der Befragten sehen vor allem für Polen einen Gewinn.

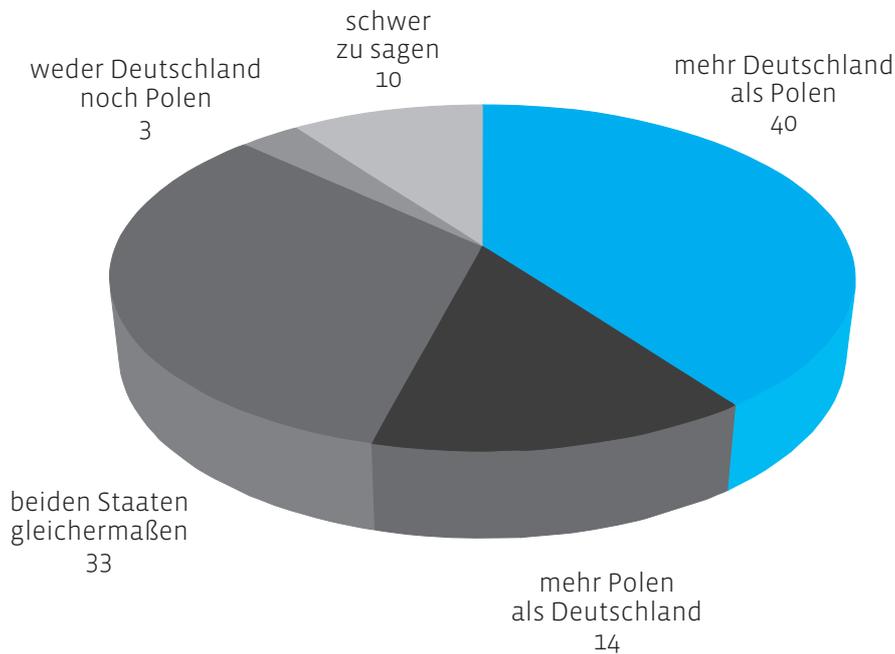


Abbildung 9. Wem haben die deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitraum der letzten zehn Jahre wirtschaftlich mehr genützt? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Die Unterschiede in den Beurteilungen hinsichtlich des politischen und wirtschaftlichen Nutzens sind nicht außergewöhnlich groß. Die Gruppe der Polen, die wirtschaftliche Vorteile für ihr Land sehen, ist – im Rahmen der statistischen Fehlertoleranz – minimal größer als die Gruppe derer, die einen politischen Nutzen beobachten. Die Gruppen derjenigen, die gleichlautende Antworten in beiden Fällen angeben, sind zahlenmäßig fast identisch. Und insgesamt beträgt im Rahmen der Umfrage der Anteil aller Befragten, die gleichlautende Antworten wählen, 74,5%. Die allgemeine Tendenz, einen Nutzen vorrangig auf Seiten des je anderen Landes zu erblicken, überrascht nicht, da es für gewöhnlich leichter ist, Vorteile bei anderen zu sehen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass die Gruppe der Befragten, die gar keine Vorteile erkennt, in beiden Fällen minimal ist.

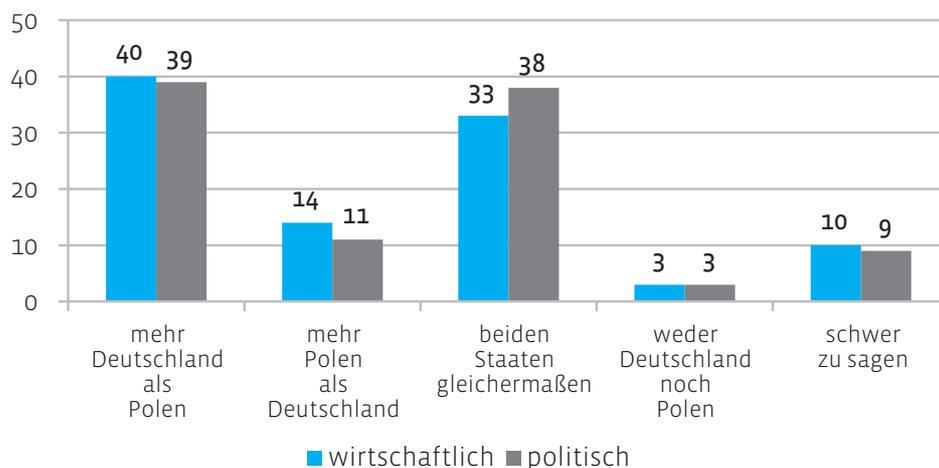


Abbildung 10. Wem haben die deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitraum der letzten zehn Jahre mehr genützt? Vergleich der Antworten mit Blick auf politische und wirtschaftliche Vorteile (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Vorteile für Deutschland sehen verhältnismäßig häufiger diejenigen, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als „schlecht“ bewerten (63% dieser Umfrageteilnehmer sehen wirtschaftliche Vorteile für Deutschland, während es im Durchschnitt lediglich 40% so sehen; politische Vorteile sehen 61% dieser Umfrageteilnehmer, im Durchschnitt hingegen 39%). Dagegen sehen diejenigen Befragten, die die Beziehungen zu Deutschland in einem guten Zustand sehen, umso häufiger Vorteile auf beiden Seiten (als beiderseits wirtschaftlich von Vorteil schätzen die Beziehungen hier 41% ein, durchschnittlich 33%; als politisch beiderseits vorteilhaft betrachten die Beziehungen 48%, durchschnittlich 38%).

**Tabelle 8.**  
Wem haben die deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitraum der letzten zehn Jahre mehr genützt? Antworten je nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Die Analyse der Antworten unter dem Gesichtspunkt der Parteipräferenz zeigt, dass Wähler der Bürgerplattform minimal häufiger als der Durchschnitt einen Nutzen entweder beiderseits oder aber auf der polnischen Seite sehen. Ein umgekehrtes Bild zeigt sich hingegen bei Anhängern der Partei Recht und Gerechtigkeit, die eher auf deutscher Seite Vorteile ausmachen. Diese Unterschiede sind jedoch statistisch gesehen zumeist von unbedeutender Größe.

präferierte politische Partei	mehr Deutschland als Polen		mehr Polen als Deutschland		beiden Staaten gleichermaßen		weder Deutschland noch Polen	
	wirtschaftliche	politische	wirtschaftliche	politische	wirtschaftliche	politische	wirtschaftliche	politische
insgesamt	40	39	14	11	33	38	3	3
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	37	34	15	13	38	43	3	3
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	43	43	14	13	29	31*	2	2
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	49	48	14	9	24	37	4	2
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	29	30	16	7	45	52	3	6
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	21	26	16	6	49	59	4	0
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWiN)	70	84	0	0	15	15	13	0

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

## Unterschiede in der Politik gegenüber Russland als größtes Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen

Befragt nach Problemen in den deutsch-polnischen Beziehungen nennen die Polen derzeit am häufigsten Unterschiede in der Politik gegenüber Russland (37%). Im Weiteren genannt werden (so jeweils jeder vierte Befragte) das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland, die Rechte der in Deutschland lebenden Polen, Konflikte bezüglich des Gedenkens an Vertreibungen, die Bestrebungen ehemaliger deutscher Grundbesitzer, ihr Vermögen aus der Vorkriegszeit zurückzuerlangen, und schließlich unterschiedliche Interessen im Bereich der Energiepolitik. Das geringe Interesse der Deutschen an Polen halten 16% der Befragten für ein Problem, den fehlenden Beitritt Polens zur Eurozone 10%. Fragen betreffend den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze stellen für 6% der Befragten ein Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen dar.

Das am häufigsten genannte Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen sind Unterschiede in der Politik gegenüber Russland.

Im Vergleich zu vor fünf Jahren sind im Hinblick auf die Liste der Probleme große Veränderungen zu verzeichnen. So werden die Herausforderungen im Rahmen der Ostpolitik um 17 Prozentpunkte häufiger genannt. Dafür gibt es mehrere Gründe: Das Thema ist hochaktuell und hat nicht nur große Bedeutung für die Polen, sondern spielte auch im Rahmen der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen immer schon eine große Rolle. Hinzu kommt, dass im Kontext des russisch-ukrainischen Konflikts häufig über Unterschiede zwischen Deutschland und Polen in der Herangehensweise berichtet wird. Deutlich rückläufig, um fast die Hälfte des Wertes im Vergleich mit der Umfrage aus dem Jahr 2010, sind wiederum Befürchtungen seitens der Polen betreffend die Bestrebungen mancher Deutscher, ihr Vermögen zurückzuerlangen. Auch das Gedenken an Vertreibungen wird nicht mehr so häufig als Problem erwähnt. Vermehrt weisen die Polen hingegen auf die Unterschiede in der Energiepolitik hin sowie auf die Höhe der Gelder, die Polen aus EU-Fonds erhält.

Diese Veränderungen spiegeln die Dynamik der Ereignisse in den deutsch-polnischen Beziehungen sowie den Stand der Diskussionen wider. An die Spitze der Problemauflistung sind europäische Fragen gerückt (Themen wie die Ostpolitik<sup>5</sup> oder Energie). Historische Fragen, die früher noch von Emotionen geprägt waren, spielen heute keine große Rolle mehr. Auch wenn in diesem Bereich weiterhin viel zu tun bleibt, wird dieser weniger als Problem erachtet. Trotzdem benutzt ein Teil der polnischen Politiker dieses Themenfeld

---

**5** In diesem Fall lohnt es sich, den Blick speziell auf das Datum der Befragungen zu richten. Diese fanden in der Woche nach den Visiten von Kanzlerin Angela Merkel in Kiew, Moskau und Minsk statt, wobei in letzteren Gesprächen über eine Lösung im russisch-ukrainischen Konflikt beraten wurde. Die Ergebnisse dieser Gespräche wurden in Polen sehr unterschiedlich kommentiert, nicht selten vollkommen gegensätzlich zur polnischen Haltung anlässlich der Krise.

fortgesetzt, um negative Stimmung zu schüren. Eben diese Rhetorik, die auf Misstrauen gegenüber Deutschland setzt, bereitet jedem vierten Befragten Sorge.

Für diejenigen, die die deutsch-polnischen Beziehungen positiv bewerten (ihre Antwort diesbezüglich lautet „sehr gut“ bzw. „eher gut“), sind die am häufigsten genannten Probleme die Unterschiede in der Politik gegenüber Russland (38%), die Rechte der in Deutschland lebenden Polen (28%), das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland (27%) sowie Bestrebungen ehemaliger deutscher Grundbesitzer, ihr Vermögen aus der Vorkriegszeit zurückzuerlangen (25%). Diejenigen wiederum, die die deutsch-polnischen Beziehungen in schlechtem Zustand sehen, nennen vorrangig Unterschiede in der Politik gegenüber Russland (48%), Konflikte bezüglich des Gedenkens an Vertreibungen (36%) und die Höhe der Gelder aus EU-Fonds, die Polen zukünftig erhalten soll (27%).

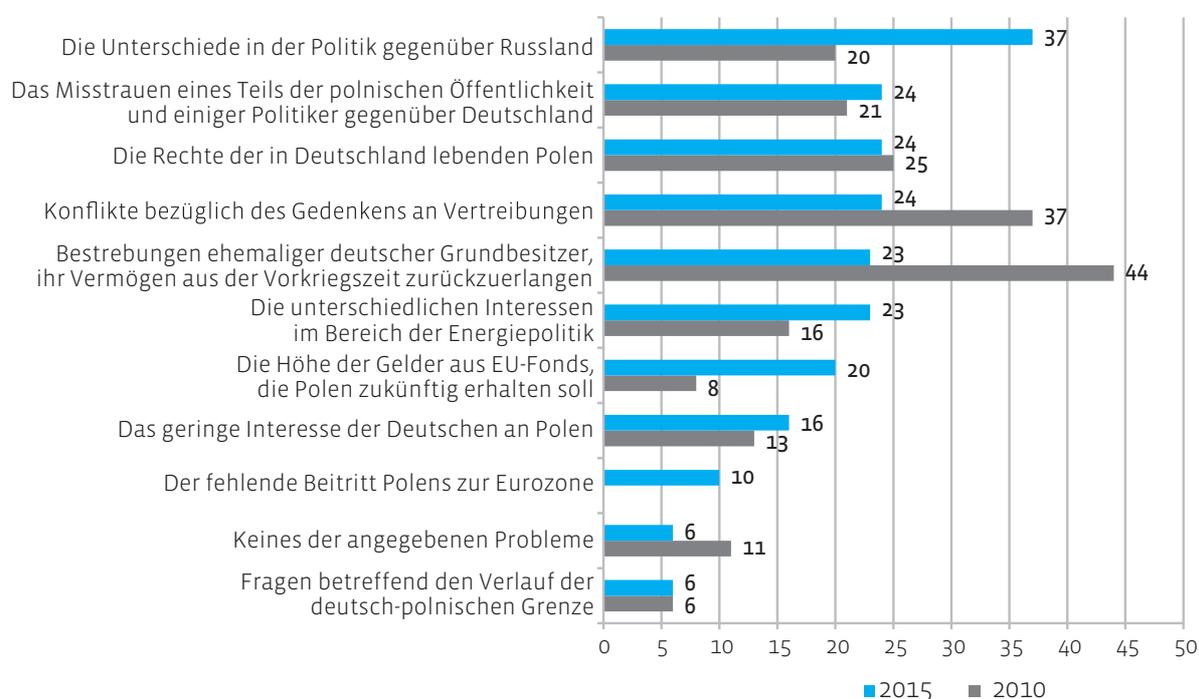


Abbildung 11. Welches ist derzeit das größte Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Die Befragten durften maximal drei Antworten auswählen.

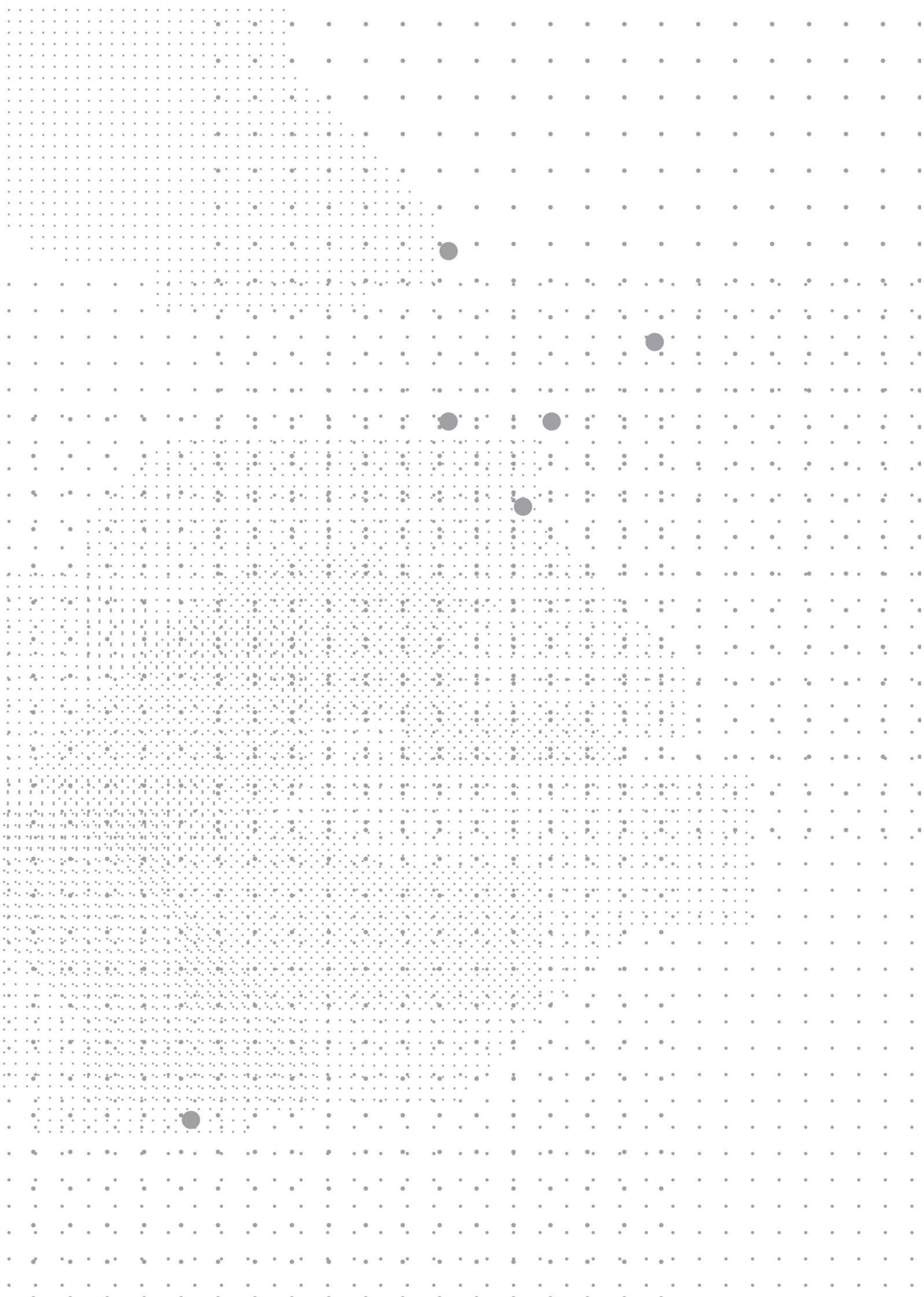
Interessant ist dabei die Analyse der Verteilung der Antworten unter dem Gesichtspunkt der Parteipräferenzen der Befragten. Anhänger der Bürgerplattform nannten vergleichsweise häufig die Rechte der in Deutschland lebenden Polen als Problem (ein Thema, das eher seitens der Partei Recht und Gerechtigkeit aufgegriffen wurde) sowie das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland. Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit entschieden sich hingegen für die fehlende Einführung des Euro (wobei sich die Partei Recht und Gerechtigkeit eindeutig gegen den Beitritt Polens zur Eurozone ausspricht).

	Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	insgesamt
Unterschiede in der Politik gegenüber Russland	36	40	37
Das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland	30*	23	24
Die Rechte der in Deutschland lebenden Polen	31*	22	24
Konflikte bezüglich des Gedenkens an Vertreibungen	27	27	24
Bestrebungen ehemaliger deutscher Grundbesitzer, ihr Vermögen aus der Vorkriegszeit zurückzuerlangen	25	24	23
Unterschiedliche Interessen im Bereich der Energiepolitik	17*	26	23
Die Höhe der Gelder aus EU-Fonds, die Polen zukünftig erhalten soll	24	21	20
Das geringe Interesse der Deutschen an Polen	11	16	16
Der fehlende Beitritt Polens zur Eurozone	8	15*	10

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

Tabelle 9.  
Welches ist derzeit das  
größte Problem in den  
deutsch-polnischen  
Beziehungen? Antworten je  
nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten, 2015.





Die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeutet, dass Polen und Deutschland gleichberechtigte Partner in der Gemeinschaft sind. Ebenso sollte auch in den bilateralen Beziehungen Gleichgewicht herrschen. Die Stärke Deutschlands in Europa – die sich in der politischen und wirtschaftlichen Position des Landes zeigt – sowie die für Polen sehr wichtigen Beziehungen zu Deutschland (als größtem Exportland aus polnischer Sicht) führen dazu, dass Polen und Deutschland in verschiedenen Bereichen der Zusammenarbeit keine gleichwertigen Partner sind.

Ähnlich wie im Jahr 2012 sind lediglich 4% der Befragten der Ansicht, dass Deutschland Polen „immer“ als gleichberechtigten Partner behandelt. Gestiegen ist jedoch die Anzahl derer, die meinen, Deutschland pflege mit Polen „oft“ einen partnerschaftlichen Umgang (von 29% auf 39%). Gleichzeitig gesunken ist die Anzahl derer, die einen solchen Umgang nur selten beobachten (von 50% auf 41%). Um die Hälfte gesunken ist außerdem die Anzahl derer, die überhaupt keinen partnerschaftlichen Umgang Deutschlands mit Polen erkennen können (von 13% auf 6%). Insgesamt betrachtet sind die Polen mehrheitlich jedoch weiterhin der Ansicht, Deutschland pflege Polen gegenüber „selten“ bzw. „nie“ einen partnerschaftlichen Umgang (47%); gegenteiliger Auffassung ist die Minderheit der Befragten (43%), die einen solch partnerschaftlichen Umgang „immer“ bzw. „oft“ beobachtet.

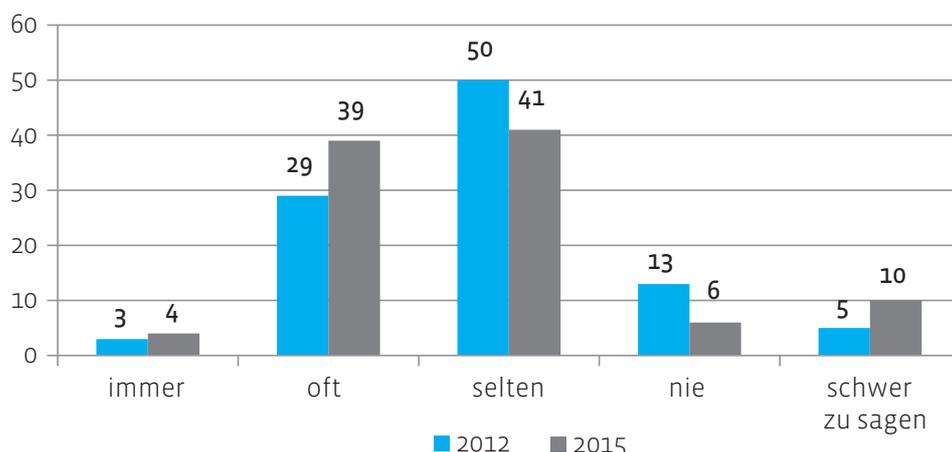
Die Polen meinen häufiger als noch vor drei Jahren, dass Deutschland ihr Land oft als Partner behandelt. Insgesamt betrachtet ist die Mehrheit der Polen jedoch weiterhin der Ansicht, Deutschland pflege Polen gegenüber „selten“ bzw. „nie“ einen partnerschaftlichen Umgang; lediglich eine Minderheit sieht einen solchen Umgang „immer“ bzw. „oft“ gegeben.

Grund für die inzwischen verbesserte Bewertung des deutschen Auftretens gegenüber Polen – auch wenn diesbezüglich weiterhin große Meinungsunterschiede unter den Befragten herrschen – könnten die Ereignisse der vergangenen Monate sein, insbesondere die Vorgehensweise im Rahmen der Ostpolitik. So handelten die Außenminister Polens und Deutschlands im Februar 2014 gemeinsam eine Vereinbarung zwischen dem Regime des damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und den prodemokratischen Demonstranten des Euromaidan in Kiew aus. In den darauffolgenden Monaten war Polen jedoch nicht mehr an den Verhandlungsrunden zur Lösung der russisch-ukrainischen Krise beteiligt. Diese Gespräche fanden nun zwischen Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine statt. Bevor Angela Merkel und François Hollande im Februar 2015 (in der Woche vor Beginn der Befragungen) nach Kiew reisten, um einen weiteren Kompromiss zu finden, kam der deutsche Außenminister nach Warschau und informierte die polnische Seite über die anstehenden Pläne.

Ein weiterer Bereich, der den partnerschaftlichen Umgang Deutschlands mit Polen in Zweifel ziehen lässt, betrifft Fragen zur Zukunft der Europäischen Union. Da Polen nicht Teil der Eurozone ist, bleibt es bei wesentlichen Debatten außen vor und ist an bedeutenden Entscheidungsprozessen nicht unmittelbar beteiligt. Zudem haben einzelne Berichte über deutsche Maßnahmen daran zweifeln lassen, ob Deutschland Polen tatsächlich als Partner betrachtet (in dem Sinne, dass die Interessen Polens berücksichtigt werden und nicht zu dessen Nachteil agiert wird). Dies betrifft beispielsweise die Einführung des Mindestlohns, der auch für polnische LKW-Fahrer, die durch Deutschland<sup>6</sup> fahren, verpflichtend gelten soll. Die deutsche Unterstützung bei der Wahl von Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten konnten die Polen wiederum als Anerkennung der Bedeutung Polens in Europa interpretieren bzw. als Zeichen dafür werten, dass Polen für Deutschland ein Partner ist. Von daher mag es überraschen, dass in ein und demselben Zeitraum einerseits verbesserte Einschätzungen betreffend die Beurteilung des deutschen Umgangs mit Polen zu verzeichnen sind, andererseits aber zugleich auch weniger Befragte die deutsch-polnischen Beziehungen als gut bewerten.

Abbildung 12.  
Polen und Deutschland  
sagen häufig, sie  
seien Partner in der  
Europäischen Union. Sieht  
Deutschland in Polen einen  
gleichberechtigten Partner  
innerhalb der EU? (in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten, 2012  
und 2015.



Am partnerschaftlichen Umgang Deutschlands mit Polen zweifeln am häufigsten ältere Personen und Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit. Anhänger der Bürgerplattform sind hingegen verhältnismäßig häufig von einem partnerschaftlichen Umgang Deutschlands mit Polen überzeugt. Diese Ergebnisse spiegeln den politischen Diskurs in Polen sehr deutlich wieder: Die herrschende Regierungspartei betont die Partnerschaft mit Deutschland, während die größte rechte Oppositionspartei der Meinung ist, Polen ordne sich Deutschland unter.

<sup>6</sup> Als die Befragungen zur vorliegenden Publikation durchgeführt wurden, wurde die Umsetzung dieser Bestimmung ausgesetzt bis die Europäische Kommission sich äußert, um in dieser Frage Klarheit zu schaffen. Einige Wochen vor den Befragungen war jedoch in den Medien vor allem vielfach die Rede davon, dass der deutsche Mindestlohn auch für polnische Fahrer greifen soll und somit das Fortbestehen polnischer Transportfirmen bedroht ist. Diese Berichte sind den Befragten sicherlich in Erinnerung geblieben.

präferierte politische Partei	immer	oft	selten	nie	schwer zu sagen
<b>insgesamt</b>	<b>4</b>	<b>39</b>	<b>41</b>	<b>6</b>	<b>10</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	3	50*	37	4	6
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	6	30*	50*	5	8
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	2	42	35	4	17
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	1	36	37	5	21
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	32	28	27	4	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWiN)	0	0	74	26	0

Tabelle 10.  
Sieht Deutschland in Polen einen gleichberechtigten Partner innerhalb der EU? Antworten je nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

Bei der Interpretation des vorstehenden Meinungsbildes hilft die Zusammenschau dieser Antworten mit den übrigen. Daraus geht hervor, dass von den Personen, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als „sehr gut“ bzw. „eher gut“ einschätzen, 55% der Meinung sind, Deutschland betrachte Polen „immer“ bzw. „oft“ als Partner. Als Problem sehen diese Personen am häufigsten Unterschiede in der Politik gegenüber Russland sowie Konflikte im Kontext des Gedenkens an Vertriebene an. Auf Seiten derjenigen wiederum, die die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen als „sehr schlecht“ bzw. „eher schlecht“ beurteilen, zweifeln 73% an einem partnerschaftlichen Umgang Deutschlands mit Polen. Als Probleme nennen die Befragten dieser Gruppe Unterschiede in der Politik gegenüber Russland sowie im Bereich der Energiepolitik und das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland. Auffallende Unterschiede sind vor allem auszumachen bei solchen Personen, die als Antwort „Das geringe Interesse der Deutschen an Polen“ oder „Das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland“ nennen. Diese Antworten werden eindeutig häufiger von Befragten gewählt, die der Ansicht sind, Deutschland pflege keinen partnerschaftlichen Umgang mit Polen.

Tabelle 11.  
Zusammenhänge zwischen der Anzahl an Befragten, die der Ansicht sind, Deutschland sehe in Polen „immer“ bzw. „oft“ einen gleichberechtigten Partner, und den am häufigsten genannten Problemen in den deutsch-polnischen Beziehungen

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

genanntes Problem	Anzahl an Befragten, die mit „immer“ bzw. „oft“ geantwortet haben	Gesamtanzahl der Befragten, die dieses Problem genannt haben
Unterschiede in der Politik gegenüber Russland	38	37
Konflikte bezüglich des Gedenkens an Vertreibungen	27	24
Die Rechte der in Deutschland lebenden Polen	22	24
Das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland	21	24
Bestrebungen ehemaliger deutscher Grundbesitzer, ihr Vermögen aus der Vorkriegszeit zurückzuerlangen	21	23
Unterschiedliche Interessen im Bereich der Energiepolitik	21	23
Die Höhe der Gelder aus EU-Fonds, die Polen zukünftig erhalten soll	21	20
Das geringe Interesse der Deutschen an Polen	12	16

Tabelle 12.  
Zusammenhänge zwischen der Anzahl an Befragten, die der Ansicht sind, Deutschland sehe in Polen „selten“ bzw. „nie“ einen gleichberechtigten Partner, und den am häufigsten genannten Problemen in den deutsch-polnischen Beziehungen

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

genanntes Problem	Anzahl an Befragten, die mit „selten“ bzw. „nie“ geantwortet haben	Gesamtanzahl der Befragten, die dieses Problem genannt haben
Unterschiede in der Politik gegenüber Russland	39	37
Das Misstrauen eines Teils der polnischen Öffentlichkeit und einiger Politiker gegenüber Deutschland	29	24
Unterschiedliche Interessen im Bereich der Energiepolitik	28	23
Die Rechte der in Deutschland lebenden Polen	27	24
Bestrebungen ehemaliger deutscher Grundbesitzer, ihr Vermögen aus der Vorkriegszeit zurückzuerlangen	27	23
Konflikte bezüglich des Gedenkens an Vertreibungen	25	24
Die Höhe der Gelder aus EU-Fonds, die Polen zukünftig erhalten soll	23	20
Das geringe Interesse der Deutschen an Polen	21	16

Wie erwartet sind die Befragten, die von der deutsch-polnischen Partnerschaft überzeugt sind, positiver gegenüber einer Verstärkung der

Rolle Deutschlands in Europa eingestellt. Auf Seiten derjenigen, die die Ansicht vertreten, Deutschland sehe in Polen „immer“ bzw. „oft“ einen gleichberechtigten Partner, meinen 58%, dass eine Verstärkung der Position Deutschlands in Europa vorteilhaft für Polen wäre (analog beträgt der Anteil unter allen Befragten insgesamt 39% sowie in den Reihen derer, die mit „selten“ bzw. „nie“ geantwortet haben, 28%). Ferner sind 26% derer, die die Meinung vertreten, Deutschland sehe in Polen „selten“ bzw. „nie“ einen gleichberechtigten Partner, davon überzeugt, dass eine Verstärkung der Position Deutschlands in Europa unvorteilhaft für Polen wäre (analog beträgt der Anteil aller Befragten insgesamt 17% sowie unter denjenigen, die mit „immer“ bzw. „oft“ geantwortet haben, 9%).

Ein Beispiel für Meinungsunterschiede in der polnischen öffentlichen Debatte im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen in Europa war die Wahl von Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten. Für einen Teil der Kommentatoren und Politiker war dies ein Zeichen der deutschen Anerkennung polnischer Europapolitik. Der andere Teil sah darin hingegen eher die Unterordnung der polnischen Politik gegenüber dem deutschen Einfluss. Die polnische Gesellschaft ist in dieser Hinsicht geteilter Meinung. Während 32% der Befragten der Ansicht sind, dass die deutsche Unterstützung der Kandidatur von Donald Tusk als ein Beweis für die Anerkennung der wachsenden Rolle Polens in Europa zu verstehen ist, sehen 23% darin die Unterordnung der polnischen Politik gegenüber den deutschen Interessen. Die zahlenmäßig größte Gruppe unter den Befragten (34%) sieht diesbezüglich jedoch überhaupt keinen Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Beziehungen. Dieser Ansicht sind insbesondere besserverdienende Personen mit Hochschulabschluss.

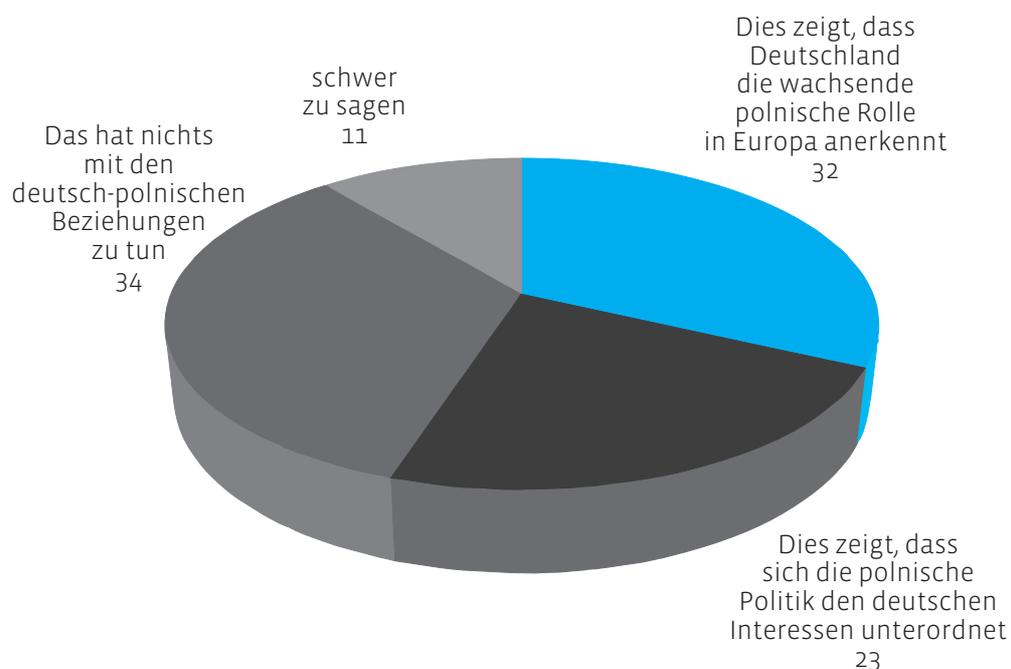


Abbildung 13. Was bedeutet die Unterstützung der Kandidatur des polnischen Ministerpräsidenten für das Amt des EU-Ratspräsidenten durch die deutsche Bundesregierung? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Nicht einmal die Hälfte (49%) derer, die der Meinung sind, Deutschland pflege einen partnerschaftlichen Umgang mit Polen, ist davon überzeugt, dass die Wahl von Donald Tusk als ein Beweis für die deutsche Anerkennung der Bedeutung Polens in der Europäischen Union gilt. Auf Seiten derjenigen, die behaupten, Deutschland sehe in Polen „selten“ bzw. „nie“ einen gleichberechtigten Partner, meinen 35%, dass die Wahl von Donald Tusk die Unterordnung der polnischen Politik gegenüber den deutschen Interessen symbolisiert.

Es zeigt sich außerdem ein Zusammenhang zwischen der Auffassung, diese Wahl sei eine Anerkennung der Bedeutung Polens in Europa, und der Ansicht, dass vor allem Polen politischen Nutzen aus den deutsch-polnischen Beziehungen zieht. 49% derer, die Vorteile auf polnischer Seite sehen, betrachten die Wahl von Donald Tusk als Beweis hierfür. Hingegen behaupten 34% derer, die eher Vorteile auf der deutschen Seite sehen, die Wahl des ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten zum EU-Ratspräsidenten sei ein Zeichen für die Unterordnung der polnischen Politik im Verhältnis zu Deutschland.

Die Personen (38%), die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als gut bewerten, betrachten die Wahl häufiger als Ausdruck der deutschen Anerkennung gegenüber Polen, als solche (18%), die die Beziehungen zu Deutschland als schlecht einschätzen.

**Tabelle 13.**  
Zusammenhänge  
zwischen der Behauptung,  
Deutschland sehe in Polen  
einen gleichberechtigten  
Partner, und Ansichten  
zur Bedeutung der Wahl  
von Donald Tusk zum EU-  
Ratspräsidenten (in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten, 2015.

		Die Wahl von Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten...				
		...zeigt, dass Deutschland die wach- sende Rolle Polens in Europa aner- kennt	...zeigt, dass sich Polen Deutschland gegenüber unterordnet	...hat nichts mit den deutsch- polnischen Beziehungen zu tun	schwer zu sagen	
Sieht Deutschland in Polen einen gleich- berechtigten Partner in- nerhalb der EU?	immer, oft	49	13	34	4	100
	selten, nie	19	35	38	8	100
	schwer zu sagen	20	6	15	59	100
	insge- samt	32	23	34	11	100

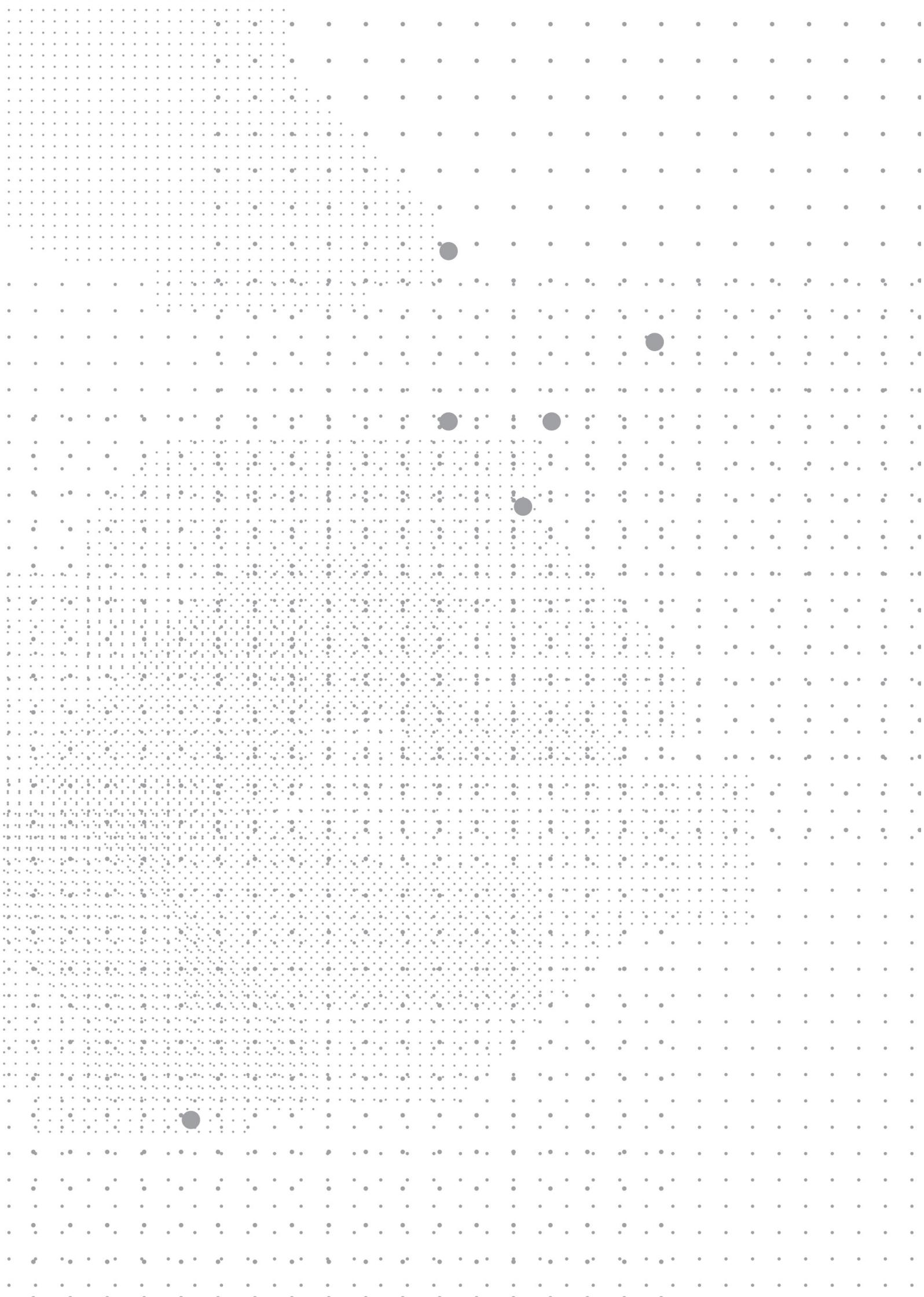
Erneut zeigt sich, dass die Befragten die Meinung derjenigen Partei wiederspiegeln, die sie wählen würden. Häufiger als im Gesamtdurchschnitt der Befragung deuten die Wähler der Bürgerplattform die Wahl von Donald Tusk als Beweis für die deutsche Anerkennung der wachsenden Rolle Polens in Europa. Für die Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit hingegen ist diese Wahl mehrheitlich ein Symbol für die Unterordnung der polnischen Politik gegenüber deutschen Interessen.

präferierte politische Partei	Dies zeigt, dass Deutschland die wachsende Rolle Polens in Europa anerkennt	Dies zeigt, dass sich die polnische Politik den deutschen Interessen unterordnet	Das hat nichts mit den deutsch-polnischen Beziehungen zu tun	schwer zu sagen
<b>insgesamt</b>	<b>32</b>	<b>23</b>	<b>34</b>	<b>11</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	45*	15*	34	7*
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	25*	28*	35	12
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	26	17	42	15
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	26	27	35	12
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	32	5	54	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWiN)	0	82	18	0

\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

Tabelle 14. Was bedeutet die Unterstützung der Kandidatur des polnischen Ministerpräsidenten für das Amt des EU-Ratspräsidenten durch die deutsche Bundesregierung? Antworten je nach Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.



## Deutschland bedroht Polen nicht



Die komplizierte deutsch-polnische Geschichte, insbesondere die tragischen Erfahrungen, die Polen die vergangenen Jahrhunderte hindurch im Zusammenhang mit der deutschen Politik machen musste, führte dazu, dass die Polen lange Zeit Angst vor Deutschland hatten. Noch in den 1990er Jahren des 20. Jahrhunderts herrschten verbreitet Zweifel, ob die deutsch-polnische Grenze unverändert bleiben und das vereinte Deutschland keine Bedrohung für Polen darstellen würde. Mit der Zeit, als Deutschland sich für die Unterstützung der Transformation in Polen starkmachte und Polen auf dem Weg in die Europäische Union unterstützte, schwanden die Befürchtungen. Auch immer häufigere Kontakte zu Deutschen bzw. nach Deutschland und die Vorteile, die Polen aus der Zusammenarbeit entstanden, trugen bei zum wachsenden Vertrauen gegenüber dem westlichen Nachbarn. Ebenso beeinflussten die gemeinsamen Mitgliedschaften in der Europäischen Union und in der NATO das Sicherheitsgefühl im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bereich.

Heutzutage haben mehr als zwei Drittel (67%) der Polen keine Angst mehr vor einer militärischen Bedrohung durch Deutschland (ein Anstieg um sieben Prozentpunkte im Zeitraum der letzten zehn Jahre). Hingegen fühlt sich jeder vierte Befragte (25%) dennoch weiterhin durch Deutschland bedroht, womit sich diese Personengruppe allerdings zahlenmäßig verringert hat.

Eine militärische Bedrohung nehmen 58% derjenigen Personen wahr, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als schlecht bewerten. Hingegen hegen drei Viertel derer, die die Beziehungen zu Deutschland als gut erachten, keinerlei solche Befürchtung.

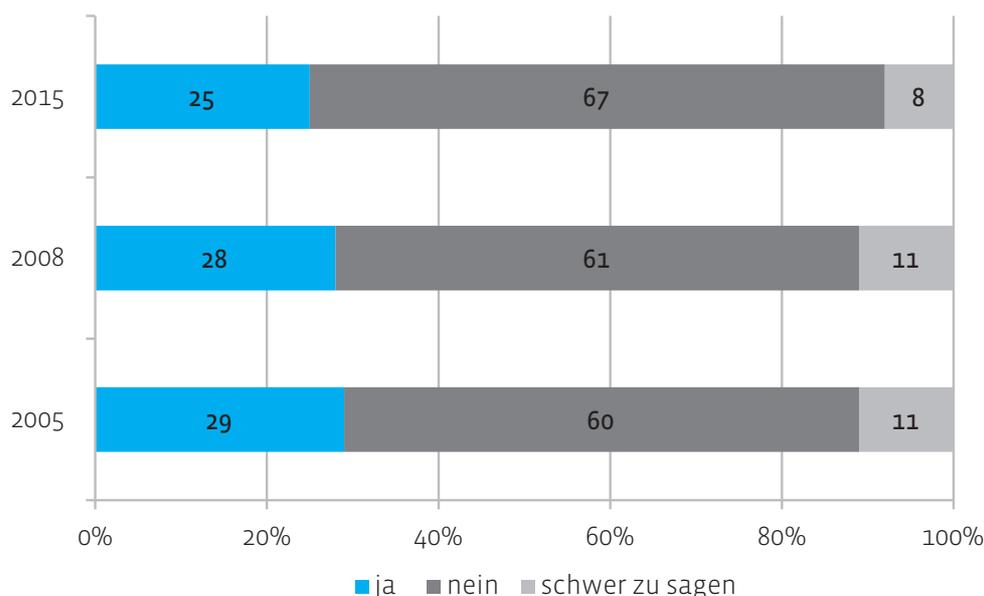


Abbildung 14.  
Könnte Deutschland in Zukunft für Polen eine militärische Bedrohung darstellen? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2005, 2008 und 2015.

Eine militärische Bedrohung durch Deutschland nehmen verhältnismäßig häufig Personen an, die älter sind und in den Woiwodschaften Westpommern und Oppeln leben. Im Vergleich dazu nehmen Bestverdiener aus den Woiwodschaften Schlesien und Pommern eine solche Bedrohung am wenigsten an. Das zeigt, dass sich die Wahrnehmungen selbst in den Grenzregionen zu Deutschland sehr unterscheiden können. Statistisch gesehen fürchten außerdem eine militärische Bedrohung häufig Wähler der Partei Bund der Demokratischen Linken.

Tabelle 15. Könnte Deutschland in Zukunft für Polen eine militärische Bedrohung darstellen? Antworten nach der jeweiligen Parteipräferenz (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

präferierte politische Partei	ja	nein	schwer zu sagen
insgesamt	25	67	8
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	20	73	7
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	28	61	11
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	26	64	10
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	37*	55	7
Deine Bewegung (Twój Ruch, TR)	6	85	9
Koalition zur Erneuerung von Republik Freiheit und Hoffnung (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja, KORWiN)	42	48	10

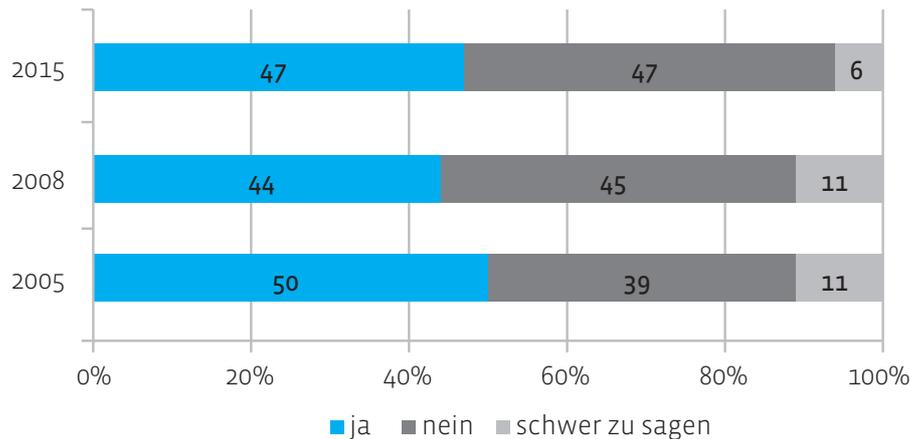
\* Statistisch relevanter Unterschied im Verhältnis zum Mittelwert.

Eindeutig größere Meinungsunterschiede zeigen sich in Polen hinsichtlich einer möglichen wirtschaftlichen Bedrohung durch Deutschland. Die Anzahl derer, die angeben, eine solche Bedrohung könne auftreten (47%), ist gleich groß der Anzahl derer, die diese Ansicht nicht teilen. Jahrelang lagen Meinungsschwankungen in dieser Frage nahe der statistischen Fehlertoleranz.

Die Anzahl an Personen, die eine wirtschaftliche Bedrohung durch Deutschland wahrnehmen – fast die Hälfte der Befragten – ist gleich groß der Anzahl derer, die diese Befürchtung nicht teilen.

Auch lassen sich Zusammenhänge erkennen zwischen Antworten auf die Frage nach einer wirtschaftlichen Bedrohung und nach der Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen. 55% der Personen, die die gegenseitigen Beziehungen positiv bewerten, nehmen keinerlei Bedrohung wahr. Eine solche sehen hingegen 70% derer, die den Zustand der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen als schlecht bewerten.

Abbildung 15.  
Könnte Deutschland in Zukunft für Polen eine wirtschaftliche Bedrohung darstellen? (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2005, 2008 und 2015.

Eine wirtschaftliche Bedrohung durch Deutschland befürchten statistisch gesehen am häufigsten Personen aus den Woiwodschaften Pommern und Kleinpolen, die zur Gruppe der Führungskräfte zählen oder auch solche, die als Bauern tätig sind. Am wenigsten fürchten sich hingegen die bestens Ausgebildeten, die Bewohner der Regionen Lebus und Lodz, die Angestellten, die Hausfrauen und die Arbeitslosen.

Im politischen Kontext betrachtet nimmt die Mehrheit der Polen (61%) Deutschland nicht mehr als Bedrohung wahr. Dieser Anteil ist im Laufe des letzten Jahrzehnts um zehn Prozentpunkte gestiegen. Dies zeugt von der zunehmenden Überzeugung auf Seiten der Polen, dass ihr Land und Deutschland in Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen gut zusammenarbeiten. Die Ansicht, dass sich Polen politisch durch Deutschland bedroht fühlen muss, vertreten seit Jahren unverändert rund ein Drittel aller Befragten.

Die Mehrheit der Polen nimmt keinerlei politische Bedrohung durch Deutschland wahr.

In den Reihen derer, die die deutsch-polnischen Beziehungen in gutem Zustand sehen, nehmen 70% keine politische Bedrohung von deutscher Seite wahr. Hingegen hegen 59% derjenigen Befragten, die sich kritisch zu den gegenseitigen Beziehungen äußern, eben solche Befürchtungen.

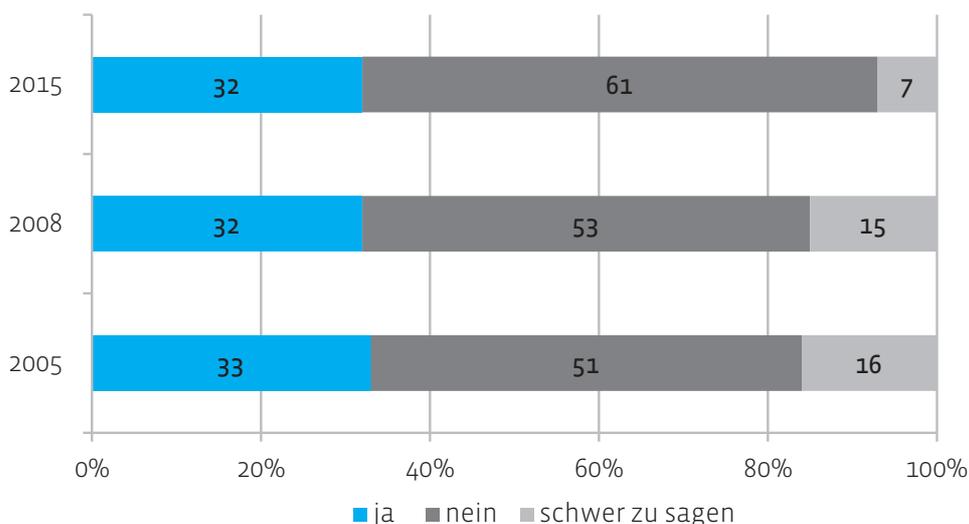


Abbildung 16.  
Könnte Deutschland in Zukunft für Polen eine politische Bedrohung darstellen? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2005, 2008 und 2015.

Angst im Sinne einer politischen Bedrohung äußern am häufigsten die Ältesten und Jüngsten unter den Befragten sowie Bauern. Die geringsten Befürchtungen haben Bestverdiener und Beamte. Außerdem zeigen sich deutliche Gegensätze zwischen Wählern unterschiedlicher Parteien. So nehmen die Wähler der Bürgerplattform keine Bedrohung wahr, während die Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit eine solche überdurchschnittlich häufig erkennen.

Mittels Vergleichs aller abgefragten Eindrücke einer möglichen Bedrohung, d.h. sämtlicher Antworten in den drei aufgeführten Bereichen, wird deutlich, dass sich die Polen am wenigsten militärisch durch Deutschland bedroht fühlen, am stärksten hingegen wirtschaftlich. In jedem der drei Bereiche wusste eine ähnlich hohe Anzahl an Personen keine Antwort auf die Frage zu geben. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland Polen in wirtschaftlicher Hinsicht weit voraus ist, ist diese Hierarchie nicht verwunderlich. Die so vielfach empfundene Bedrohung kann daher auch als negative Folge der starken wirtschaftlichen Bande zwischen Deutschland und Polen verstanden werden. Die Polen sind sich der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands bewusst. Das Land ist ein großer Abnehmer polnischer Produkte, der wichtige Waren importiert und sowohl in der Region als auch in ganz Europa für wirtschaftliche Stabilität sorgt. Die Polen wissen, dass sich Konjunkturschwankungen in Deutschland auf die polnische Wirtschaft auswirken. Eine Krise in Deutschland würde das polnische Wirtschaftswachstum bedrohen. Mit Sicherheit haben einige der Befragten die Frage auch wortwörtlich verstanden. So diktieren etwa starke deutsche Wirtschaftspartner ihren polnischen Partnern mitunter auch durchaus unbequeme oder sogar bedrohliche Bedingungen.

Die vergleichsweise niedrige Sorge vor einer militärischen Bedrohung beruht auf gemeinsamen Mitgliedschaften in Bündnissen und internationalen Organisationen sowie auf der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung. Vor diesem Hintergrund mag es beunruhigen, dass 25% der Polen dennoch eine militärische Bedrohung von deutscher Seite wahrnehmen. Der so große Anteil an Personen, die Ängste dieser Art bekunden, kann mit in Polen tief verwurzelten Erinnerungen an die Geschichte erklärt werden.

Die Mehrheit der Polen verspürt keine politische Bedrohung von Seiten Deutschlands. Ein Drittel der Befragten gibt dennoch an, diesbezüglich Angst zu haben. Möglicherweise ist dies mit einem Widerwillen gegenüber einer deutschen Führungsposition in Europa verbunden, die viele der Befragten als unvorteilhaft deuten. An dieser Stelle lassen sich wiederum einige Zusammenhänge beobachten: In den Reihen derjenigen, die behaupten, eine Verstärkung der Position Deutschlands in Europa wäre unvorteilhaft für Polen, fürchten sich 59% vor einer politischen Bedrohung von deutscher Seite (analoge beträgt der Anteil unter allen Befragten insgesamt 32%). Unter denjenigen wiederum, die eine mögliche Verstärkung der deutschen Führungsrolle als vorteilhaft beurteilen, beträgt der Anteil derer, die

Befürchtungen hegen, 28% (analoge beträgt der Anteil unter allen Befragten hier insgesamt 61%). Einerseits fallen die anteiligen Unterschiede deutlich aus, andererseits schließt eine positive Einstellung zu einer möglichen Verstärkung der Position Deutschlands in Europa den Eindruck einer politischen Bedrohung nicht vollkommen aus.

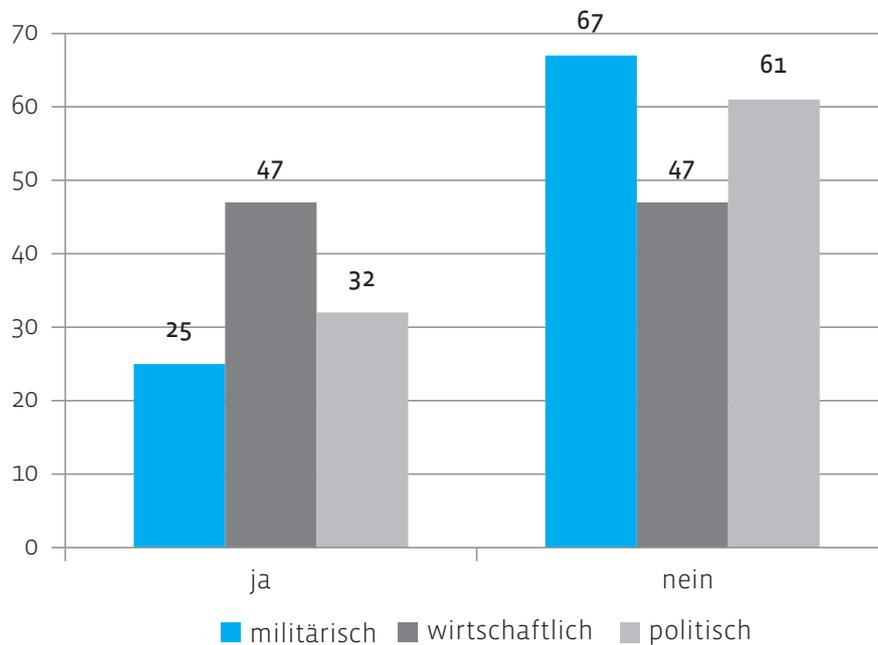
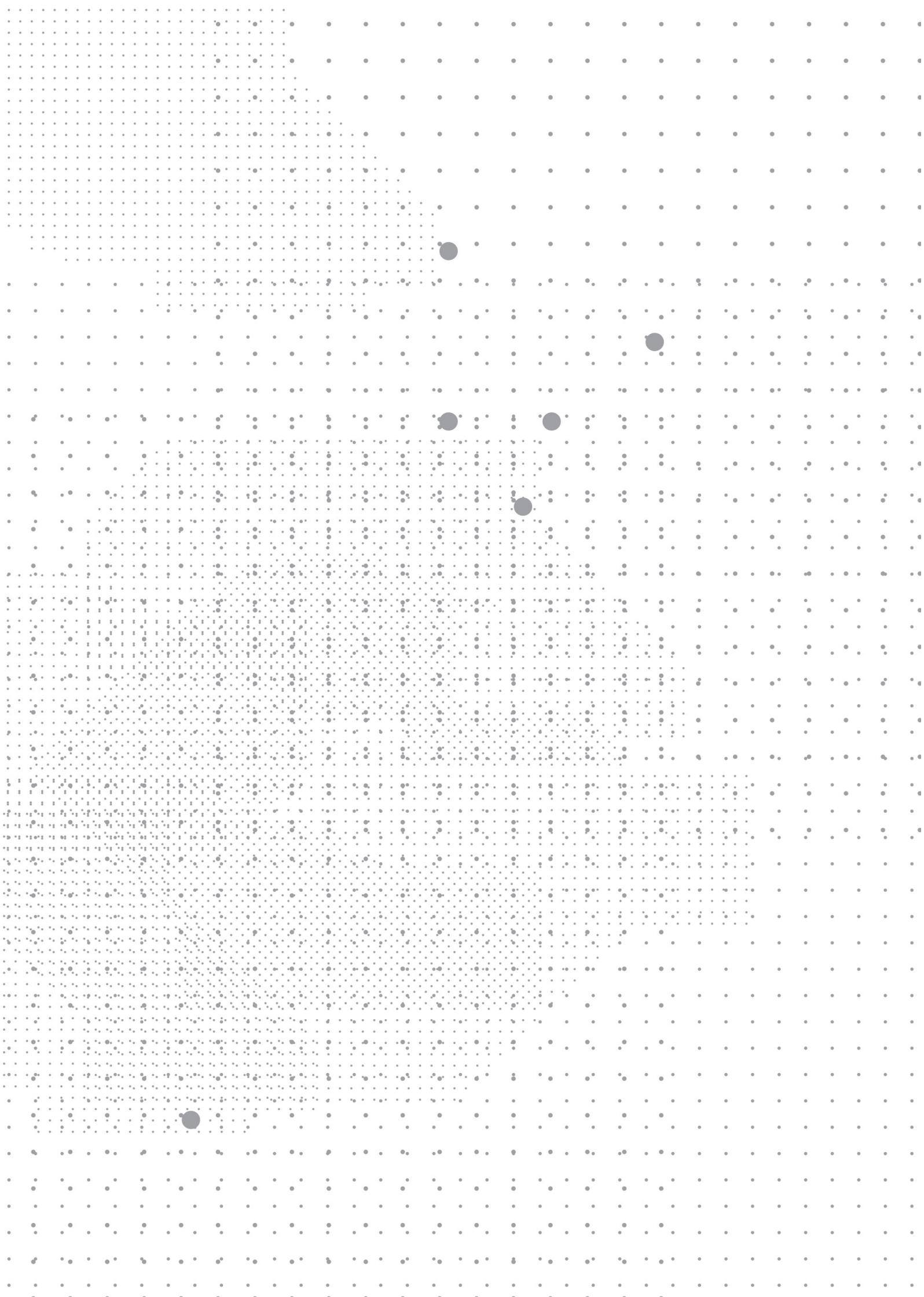


Abbildung 17.  
Könnte Deutschland in Zukunft für Polen eine Bedrohung darstellen? (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2015.

Insgesamt zeigen sich recht starke Zusammenhänge im Vergleich der Antworten der Befragten. Meist sehen die Personen, die eine mögliche militärische Bedrohung vermuten, ebenso eine politische oder wirtschaftliche Gefahr. Diejenigen Befragten hingegen, die keine militärische Bedrohung wahrnehmen, erkennen oft auch keinerlei andere Art von Bedrohung. Wie die Anteile der Antworten auf die einzelnen Fragen in den jeweiligen Kombinationen verdeutlichen, sind die Gruppen dennoch nicht vollkommen gleich groß: 70,6% verspüren eine militärische und wirtschaftliche, 79,1% eine militärische und politische, 77,2% eine politische und wirtschaftliche Bedrohung.





### Allgemeine Schlussfolgerungen

Die Polen bewerten die deutsche Europapolitik seit Jahren positiv. Je nach konkreter Fragestellung sind dem Meinungsbild in den letzten Jahren entweder gar keine Veränderungen zu entnehmen oder die Umfragewerte haben sich verbessert. Geteilter Meinung ist die polnische Gesellschaft jedoch bei der Beurteilung der Rolle Deutschlands in Europa und deren Auswirkung auf Polen. Vor dem Hintergrund dessen, dass diese Debatte in der gesamten Europäischen Union geführt wird, ist diese Tendenz nicht verwunderlich. Dabei ist mal die Rede davon, dass die Union ohne Führung ist und Deutschland diese Rolle einnehmen sollte, mal von der Angst vor einem zu starken Deutschland. Diese Diskussionen auf europäischer Ebene spiegeln auch die Argumentationslinien in der breiten polnischen Öffentlichkeit wider. Die Polen sind sich weder einig in der Beurteilung, welcher der beiden Staaten mehr von den gemeinsamen Beziehungen profitiert, noch in der Beantwortung der Frage, ob Deutschland in Polen einen Partner sieht. Auf der einen Seite lässt sich somit sagen, dass die deutschen Investitionen in die deutsch-polnischen Beziehungen Früchte tragen (politisch – im Wege übermittelter Signale; wirtschaftlich – mittels der finanziellen Unterstützung deutsch-polnischer Initiativen und des großen Beitrags zum EU-Budget, von dem Polen profitiert). Das in Polen vorherrschende Bild von Deutschland und dessen Politik ist somit gut und hat sich in den letzten Jahren merklich gebessert.

Auf der anderen Seite hat dieses Deutschlandbild in Bezug auf die Haltung Deutschlands gegenüber seinen Partnern klare Risse bekommen. Ein großer Teil der Polen hat weiterhin kein Vertrauen in Deutschland (bzw. hegt die Befürchtung, dass die deutsche Politik auch schädlich für Polen sein könnte) und hat das Gefühl, dass Polen wie ein „kleiner Bruder“ behandelt wird. Außerdem verfolgt die polnische Gesellschaft überaus kritisch die jeweils unterschiedlichen Ansichten beider Länder im Bereich der Ostpolitik – ein Thema, das Polen und Deutschland immer schon trennte und insoweit besonders sensibel ist. Historisch bedingte Ängste sind weiterhin stark ausgeprägt; sie kehren zu bestimmten Zeiten, wie aktuell im Kontext der Krise im Osten Europas, immer wieder zurück. Und auch die bereits angesprochenen deutschen Investitionen nehmen viele Polen nicht wahr, wenn sie behaupten, dass von den gegenseitigen Beziehungen hauptsächlich nur Deutschland profitiert. Insgesamt aber haben die Personen, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als gut bewerten, häufiger eine positive Meinung

über die deutsche Europapolitik als diejenigen, die die Beziehungen derzeit als schlecht bewerten.

Beim Vergleich der Antworten anhand demographischer Gesichtspunkte zeigt sich, dass sich die Polen untereinander nicht sehr unterscheiden. Am auffälligsten sind zumeist, wenn auch nicht immer, die Antworten der Ältesten unter den Befragten. Diese haben die vergleichsweise größten Zweifel im Hinblick auf den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen und den partnerschaftlichen Umgang Deutschlands mit Polen.

Trennlinien sind im Einklang mit der Rhetorik der Parteiführer zwischen den jeweiligen Wählergruppen auszumachen. Die detaillierte Analyse zeigt jedoch, dass die Anhänger der jeweiligen Partei die deutsche Politik und die deutsch-polnischen Beziehungen oft nicht so radikal bewerten wie die Politiker selbst (insbesondere im Fall von negativen Bewertungen). Darüber hinaus sind Ergebnisse im Zusammenhang mit der jeweils angegebenen Parteienpräferenz aufgrund der geringen Anzahl an Befragten mit Vorsicht zu interpretieren – von 1.000 Befragten gaben 601 Personen an, eine konkrete Partei zu unterstützen. Vom Durchschnitt der Antworten aller Befragten weichen vorliegend am häufigsten die Wähler der Bürgerplattform ab, da diese sowohl die deutsche Europapolitik als auch die deutsch-polnischen Beziehungen positiver bewerten.

### **Auszumachende Herausforderungen auf Grundlage der vorliegenden Umfrageergebnisse**

Die Ergebnisse dieser Studie deuten auf einige Fragestellungen und Herausforderungen hin, die für diejenigen interessant sein dürften, die von der Notwendigkeit der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen überzeugt sind. Die Tatsache, dass beiden Seiten – sowohl Polen als auch Deutsche – an guten Beziehungen miteinander gelegen sein muss, sollte nicht zur Diskussion stehen. Beide Länder profitieren von den gegenseitigen Kontakten, vieles verbindet die beiden Staaten und ihre Gesellschaften miteinander. Außerdem stehen beide Länder in Europa vor gemeinsamen Herausforderungen. Auch wenn manche weiterhin Befürchtungen hegen oder kein vollkommenes Vertrauen gegenüber dem Nachbarland haben, ist dies umso mehr ein Grund, zur pragmatischen Zusammenarbeit aufzurufen.

Die Polen nehmen derzeit in den deutsch-polnischen Beziehungen kein konkretes, dominierendes Problem wahr. Zwar werden die Meinungsunterschiede im Bereich der Ostpolitik deutlich häufiger als die übrigen Aspekte genannt, sodass der Anteil dieser Antworten merklich gestiegen ist. Trotzdem ist eben auch deren Anteil nicht außergewöhnlich hoch. Die Polen konzentrieren sich insofern in den Beziehungen zu Deutschland nicht auf einen speziellen Zusammenhang, sondern sind sich der vielen Dimensionen und Themen innerhalb der deutsch-polnischen

Beziehungen bewusst. Dem Bereich der Ostpolitik gilt es jedoch in den bilateralen Beziehungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, indem beide Seiten auf einen dauerhaften Dialog sowie gegenseitige Konsultationen und Maßnahmen Wert legen, um dem jeweils anderen seine Sichtweise zu erläutern. Gemeinsame deutsch-polnische Initiativen in diesem Bereich würden den Polen das sichere Gefühl geben, dass Deutschland in Polen einen Partner sieht und die eigenen Interessen mit Rücksicht auf die Interessen anderer Staaten verwirklicht.

Probleme, die die Polen in den Beziehungen zu Deutschland sehen, sind nicht mehr rein bilateraler Natur, sondern immer häufiger mit Fragen von europäischer Tragweite verknüpft. Historischen Fragen kommt eine immer geringere Bedeutung zu. Die genannten Probleme zeigen, in welchen Bereichen diejenigen, die sich in den deutsch-polnischen Beziehungen engagieren, intensiver informieren müssen. Einige Meinungen der Befragten beruhen auf Überzeugungen, die weit ab der Realität sind – dies betrifft beispielsweise die Frage der Anerkennung des deutsch-polnischen Grenzverlaufs, die heute kein Problem mehr darstellt. Manche Befragte könnten ebenso die Rhetorik gewisser politischer Gruppen oder Interessen beeinflusst haben. Oft werden bestimmte Probleme besonders stark betont, auch wenn die Inhalte tatsächlich schon lange geregelt sind oder im Vergleich zu anderen Problemen im gegenwärtigen bilateralen Dialog keine bedeutende Rolle mehr spielen.

Eine wichtige Aufgabe bleibt es ferner, diejenigen Vorteile zu benennen, die Polen aufgrund seiner Beziehungen zu Deutschland entstehen. Auch wenn die Einschätzung der Vorteile in großem Maße von den Ansichten, der Wertehierarchie und der Situation des Befragten abhängt, können regelmäßige und konkretere Informationen den Polen helfen, den Nutzen veranschaulicht zu bekommen, der sich auch für ihr Land aus den deutsch-polnischen Beziehungen ergibt.

Es ist erfreulich, dass die Polen häufiger als noch vor drei Jahren behaupten, Deutschland sehe in ihrem Land einen Partner. Weiterhin meint jedoch die Mehrheit der Polen, Deutschland pflege gegenüber ihrem Land „selten“ bzw. „nie“ einen partnerschaftlichen Umgang. Dies sollte in erster Linie als ein Signal an die Eliten und Verantwortlichen auf deutscher Seite verstanden werden. Gewisse Aufgaben müssen jedoch auch auf polnischer Seite erfüllt werden. Eine Verstärkung der Position Polens auf europäischer Ebene – und somit auch gegenüber Deutschland – würde der Beitritt zur Eurozone bewirken. Ein Verbleib außerhalb der Eurozone führt hingegen dazu, dass Polen an wichtigen Debatten über die Zukunft Europas weiterhin nicht teilnimmt und – auch in Berlin – im Rahmen von Verhandlungen nicht als wichtiger Partner berücksichtigt wird. Während der letzten Jahre wurde aus Deutschland bereits deutlich angemerkt, dass ein Beitritt Polens zur Eurozone von Berlin unterstützt werden würde. Es liegt der deutschen Regierung also daran, mit Polen einen Partner bei der Gestaltung europäischer Politik an

ihrer Seite zu wissen. Weitere solche Signale wären sicherlich zu begrüßen. Auf der anderen Seite muss sich Polen – müssen sich die politischen Eliten und die breite Öffentlichkeit – darüber im Klaren sein, dass es nicht auf einen vollkommen partnerschaftlichen Umgang, auch von Seiten Deutschlands<sup>7</sup>, hoffen kann, solange es selbst dem Kreis der tiefsten Integration fernbleibt.

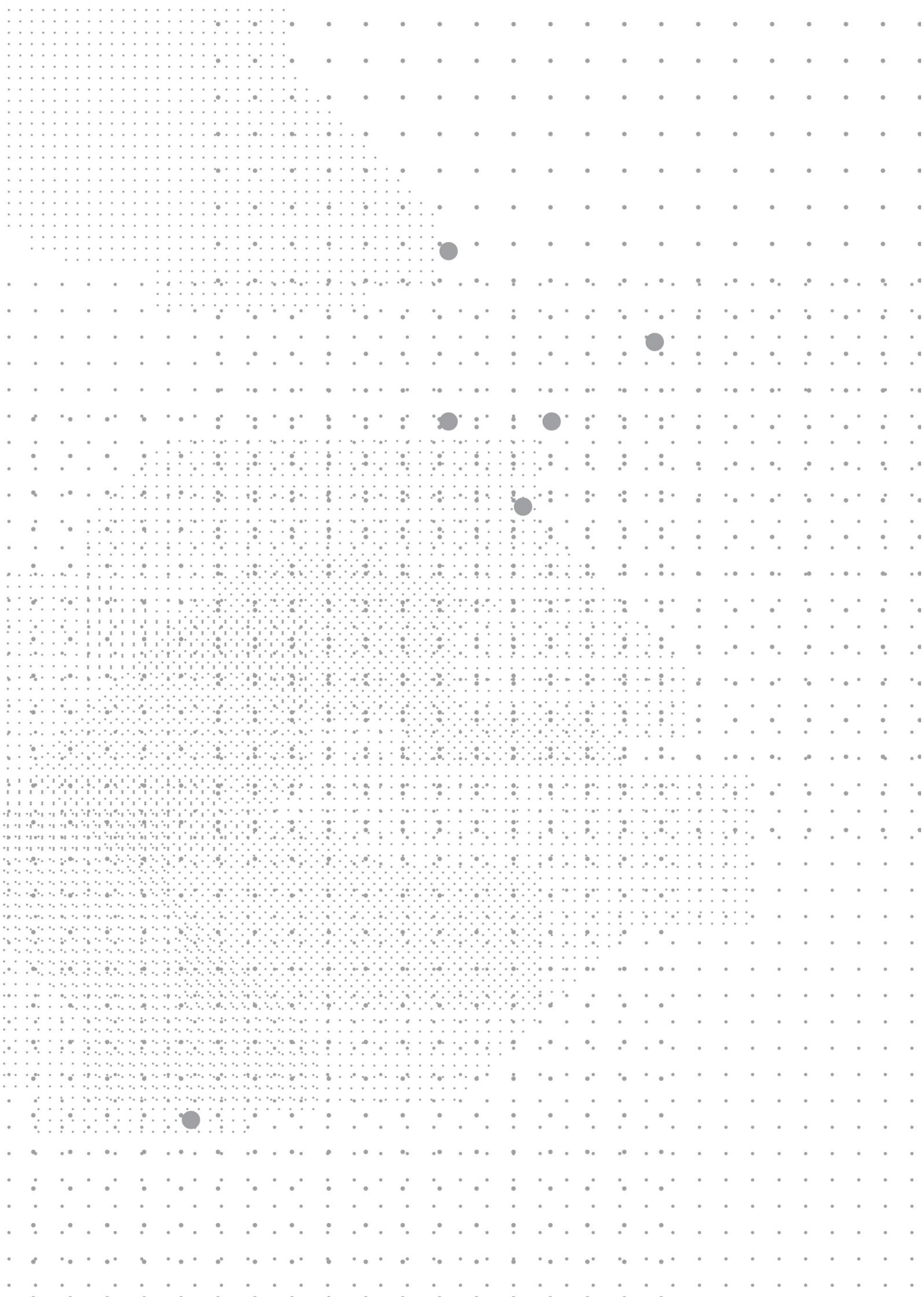
Anlass zur Sorge bietet hingegen der Anteil an Befragten, die sich nicht in der Lage sehen, den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen zu beurteilen. Dies ist ein wichtiges – und leider negatives – Signal an alle Verantwortlichen, dem in beiden Ländern Beachtung geschenkt werden sollte! Diese Tendenz bedeutet, dass die Polen unsicher sind. Einerseits mag dies an der Art der Berichterstattung im bilateralen Bereich liegen, andererseits an der immer geringeren Anzahl an medialen Berichten. Dass die Zahl der Presseberichte über Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen Einfluss auf die Bewertung der Polen haben kann, lässt sich leicht erkennen. Dazu reicht ein Vergleich der Zahl der Befragten, die keine Meinung zum Zustand der bilateralen Beziehungen äußern (22%), mit der Anzahl derer (8-10%), die lediglich Schwierigkeiten mit der Beurteilung der deutschen Europapolitik haben (was in etwa der Durchschnittszahl an unschlussigen Befragten bei Meinungsumfragen entspricht). Dieser Unterschied wird umso relevanter, wenn man bedenkt, dass Fragen zur Europapolitik allgemein als schwerer zu beantworten gelten und daher eine größere Unschlüssigkeit erwarten lassen müssen. Die Häufigkeit der Medienberichte zu politischen Maßnahmen Deutschlands auf europäischer Ebene hat immerhin deutlich dazu beigetragen, dass die Befragten sich diesbezüglich eine Meinung bilden konnten. Dabei muss betont werden, dass der Umfang an Informationen zur Lage in Europa in den polnischen Medien bedauernswerterweise überaus bescheiden ist. Sobald jedoch Nachrichten erscheinen, wird in diesen meist auch über Deutschland berichtet. Die Befragten hatten also die Möglichkeit, sich eine Meinung zur deutschen Europapolitik zu bilden. Es lässt sich auch die These formulieren, dass die Polen die Beziehungen zum Nachbarland heutzutage unter europäischen Gesichtspunkten betrachten – insbesondere vor dem Hintergrund der vielen positiven Verbindungen zwischen Antworten zur Europapolitik und guten Bewertungen der bilateralen Beziehungen. Dies darf wiederum als ein Zeichen für die Verwurzelung Polens in Europa verstanden werden.

In den deutsch-polnischen Beziehungen herrscht schon seit einigen Jahren Stabilität. Es existieren keine ernsthaften Probleme, die die Öffentlichkeit aufwiegeln oder zu großen politischen Spannungen führen könnten. Mit anderen Worten ist zwischen Deutschland und Polen Normalität eingeleitet – ein Zustand hat sich eingestellt, in dem viele Dinge ihren geregelten Lauf nehmen und Missverständnisse (wie zwischen anderen

---

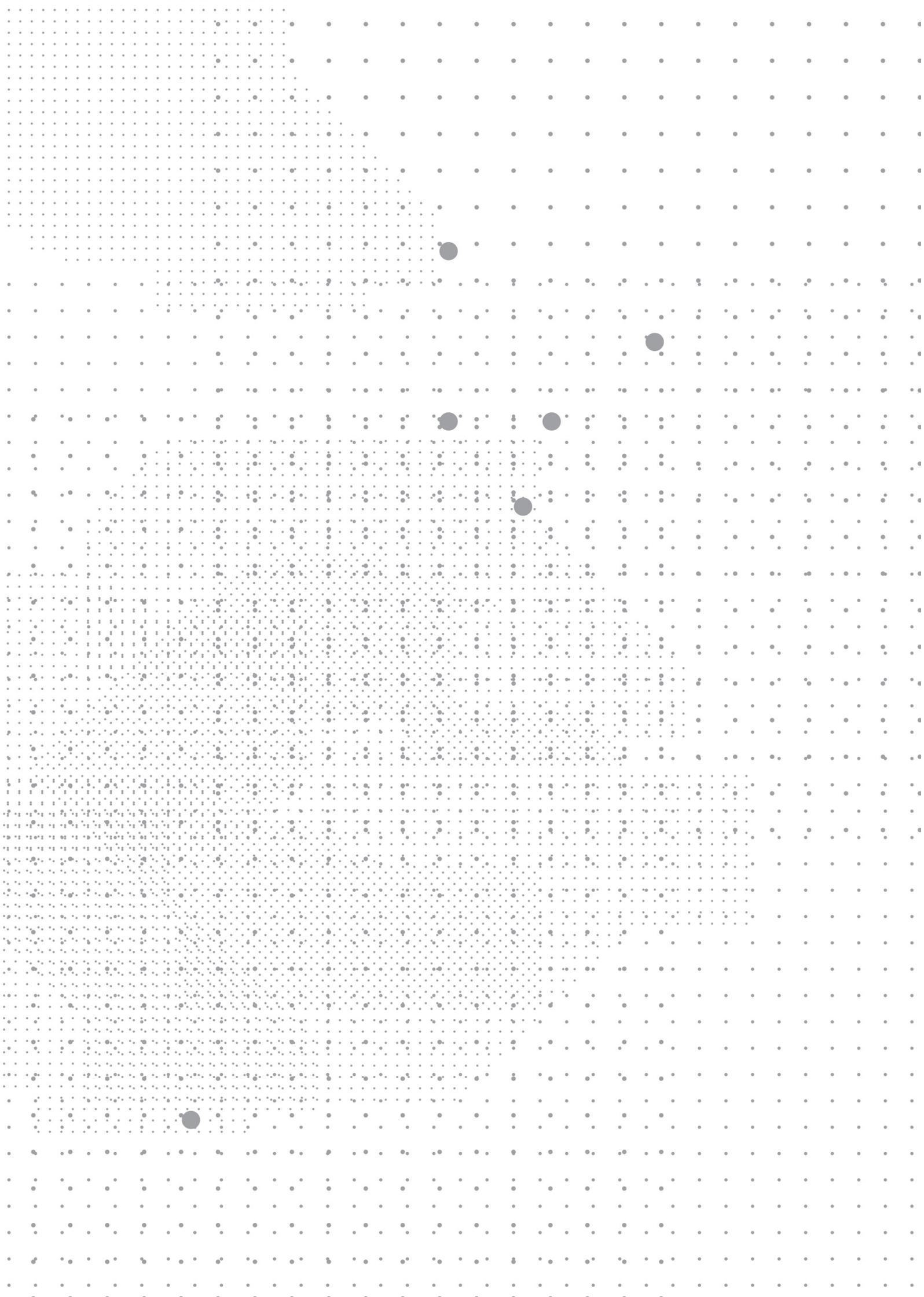
<sup>7</sup> Siehe auch: A. Łada, *Floskeln oder Fakten? Deutsch-polnische Partnerschaft für den polnischen Beitritt zur Eurozone*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau 2013.

Ländern auch) auftreten. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie bestätigen dies: Keine der Antworten weist starke statistische Ausschläge und Dissonanzen in bestimmter Richtung auf. Diese Normalität könnte jedoch auch der Beginn dessen sein, dass die deutsch-polnischen Beziehungen leicht vernachlässigt und somit Interesse, Gelder und Bemühungen eher für andere Zwecke aufgewendet werden. Und dies wiederum könnte eine schwächere Kommunikation zur Folge haben und im Ergebnis zu tieferen Missverständnissen führen. Die Befragten selbst nennen Bereiche, in denen sich bereits Anzeichen dieser Art zeigen: die Ostpolitik, die Energiepolitik sowie die Unsicherheit gegenüber der Rolle Deutschlands in Europa und dessen Umgang mit Polen (an Letzterem lassen sich die Konsequenz des Verbleibs Polens außerhalb der Eurozone begutachten). Die Fortsetzung bzw. Entwicklung solcher Ereignisse wäre für beide Seiten sehr schädlich.



## Zur Autorin

**Dr. Agnieszka Łada** – Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten. Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *Visiting Scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), Vorstandsvorsitzende der Policy Association for an Open Society PASOS (2011-2012), Ratsmitglied des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, Mitglied des Wissenschaftsrates des Institute for Western Affairs in Poznań und Mitglied der Kopernikus-Gruppe. Spezialisierung auf folgende Bereiche: EU-Institutionen, insbesondere Europäisches Parlament und EU-Ratspräsidentschaft, Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.



## Verzeichnis ausgewählter Publikationen aus dem Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen

Nachfolgend aufgeführte Publikationen sind während der letzten Jahre in der Reihe Studien zur gegenseitigen Wahrnehmung und Analysen der deutsch-polnischen Beziehungen erschienen, herausgegeben vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen:

*Floskeln oder Fakten? Deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Grenzkriminalität*

Agnieszka Łada

(Veröffentlichungsjahr: 2014)

*Floskeln oder Fakten? Polen und Deutschland auf dem Weg zu Polens Euroeinführung*

Agnieszka Łada

(Veröffentlichungsjahr: 2013)

*Deutsch-Polnisches Barometer 2013. Polnische Ansichten zur Rolle Deutschlands in Europa und zu den deutsch-polnischen Beziehungen*

Agnieszka Łada

(Veröffentlichungsjahr: 2012)

*Floskeln oder Fakten? Das Programm der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf dem Prüfstand*

Agnieszka Łada

(Veröffentlichungsjahr: 2012)

*Blicken wir in die Zukunft. Die Meinung der Polen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bedeutung der Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen*

Agnieszka Łada

(Veröffentlichungsjahr: 2011)

*20 Jahre später. Das Meinungsbild in Polen über die Vereinigung Deutschlands und die deutsch-polnischen Beziehungen 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*

Agnieszka Łada

(Veröffentlichungsjahr: 2010)

*Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa*  
Hrsg. von Lena Kolarska-Bobińska, Agnieszka Łada  
(Veröffentlichungsjahr: 2009)

*Die Europapolitik Warschaus und Berlins in der deutschen und polnischen  
Presse*  
Beata Ociepka, Agnieszka Łada, Jarosław Ćwiek-Karpowicz  
(Veröffentlichungsjahr: 2008)



„Deutsch-polnisches Barometer“ ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen. Das Ziel des Projekts ist die regelmäßige Untersuchung und Präsentation der Meinungen von Polen und Deutschen zu den deutsch-polnischen Beziehungen sowie den Herausforderungen, vor die die beiden Staaten gestellt sind.

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Projekts „Deutsch-polnisches Barometer“ entstanden, das vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen durchgeführt wurde.



Die Publikation wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein das Institut für Öffentliche Angelegenheiten; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Übersetzung ins Deutsche: Lara Gregl  
Sprachliche Redaktion: Thomas Behrens

© Copyright by Institut für Öffentliche Angelegenheiten,  
Warschau 2015

Vollständige und/oder auszugsweise Nachdrucke von Materialien des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten sind nur mit Einwilligung des Institutes gestattet. Das Zitieren von Textstellen sowie die Verwendung von empirischen Daten sind unter Angabe der jeweiligen Quellen erlaubt.

Herausgeber:  
Stiftung Institut für Öffentliche Angelegenheiten  
00-031 Warschau, ul. Szpitalna 5 / 22  
Tel.: (004822) 556 42 60, Fax: (004822) 556 42 62